

Potsdams] andere [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Mai 2011

Nr. 5 · 7. Jahrgang

Links informiert

3 | DGB zum 1. Mai, Bürgerbeteiligung und LINKE-Umfrage

Potsdam-Mitte/Ortsteile

6-9 | Garnisonkirche, Lindenstraße, Bürgerinitiativen, Ladenöffnung

Unser Land/Original sozial

10/11 | Hartz IV, Betriebsräte, Wählerauftrag und Zukunftsdebatte

Am 1. Mai: Mindestlohn statt Lohndumping!

Ab 1. Mai 2011 droht eine neue Runde des Lohndumpings. Die noch geltenden Schutzregelungen im Rahmen der europäischen Arbeitnehmer- und Dienstleistungsfreiheit fallen mit diesem Tag weg. Unternehmen können dann auch Arbeitskräfte aus Mittel- und Osteuropa in Deutschland zu Niedriglöhnen einsetzen, wie sie in den jeweiligen Herkunftsländern gelten. Diese Löhne können in naher Zukunft bei zwei oder drei Euro die Stunde liegen.

Von diesem Lohndumping profitieren deutsche und ausländische Unternehmen. Leidtragende sind die Beschäftigten. Dagegen hilft nur ein flächendeckender, gesetzlicher Mindestlohn. Das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Arbeitsort“ muss zum Schutz bestehender Lohnstandards uneingeschränkt Gültigkeit haben.

Die Unternehmen wollen die Löhne weiter nach unten drücken

Die Politik der Regierungen Schröder und Merkel hat in den vergangenen Jahren zu desolaten Zuständen auf dem Arbeitsmarkt geführt: Reallöhne stagnieren



oder sinken sogar. Sieben Millionen Beschäftigte, mehrheitlich Frauen, erhalten für ihre Arbeit nur Niedriglöhne. 1,4 Millionen Menschen müssen ihren Lohn mit Hartz IV aufstocken. Wenn diese Entwicklung nicht gestoppt wird, ist Altersarmut für immer mehr Menschen vorprogrammiert.

Diese Situation droht sich jetzt noch weiter zu verschärfen. Die Unternehmen wollen die Löhne weiter nach unten drücken. Deshalb fordert DIE LINKE, sofort

einen flächendeckenden Mindestlohn einzuführen, der bis zum Jahr 2013 auf zehn Euro pro Stunde zu erhöhen ist. Dieser Mindestlohn muss für alle abhängig Beschäftigten in Deutschland gelten – unabhängig davon, ob sie dauerhaft oder nur vorübergehend hier arbeiten oder aus welchem Land sie kommen.

Er schützt gegen Lohndumping und muss für alle Beschäftigten zur gesetzlichen Lohnuntergrenze werden.

Mindestlohn sichert Arbeit in Würde

Nur der Mindestlohn gewährleistet, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können, ohne zusätzlich auf Hartz IV angewiesen zu sein. Er verhindert, dass niedrige Löhne mit Steuergeld subventioniert werden müssen. Der Mindestlohn sorgt dafür, dass die Binnennachfrage steigt und so neue Arbeitsplätze entstehen. Er unterbindet Lohndumping und verhindert, dass Unternehmen künftig ausländische und deutsche Beschäftigte gegeneinander ausspielen.

Die Zeit drängt. Jahrelang hat die Politik nichts gegen die Zunahme von Niedriglöhnen getan. Im Gegenteil: Die Regierungen Schröder und Merkel haben Niedriglöhnen selbst den Weg bereitet. Mit Blick auf die europäische Arbeitnehmer- und Dienstleistungsfreiheit muss die Politik jetzt endlich umsteuern. Dafür wird sich DIE LINKE in den kommenden Wochen und Monaten weiter stark machen. Mischen auch Sie sich ein und unterstützen Sie die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn.

Die Partei DIE LINKE

Auf ein Wort...



ROT ist der Mai in Potsdam

Ablauf am 1. Mai 2011:

10.00 Uhr: Demo ab Platz der Einheit
11.00 Uhr: Kundgebung vor dem Brandenburger Tor/Luisenplatz
12 bis 14 Uhr: Bühne Maifest – Polittalk und Musik

Themen für die Podiumsdiskussion

Günther Waschkuhn im Gespräch mit Anita Tack und Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg zu folgenden Fragen/Problemen:

- ▶ Gute Arbeit, was verstehen wir darunter?
- ▶ „Arbeit ohne Ende...?“
- ▶ Vergabegesetz - Mindestlohn, was spricht dafür?
- ▶ Arbeitnehmerfreizügigkeit, Chancen oder Gefahr für Brandenburg?
- ▶ Ladenöffnungszeiten an Sonn- und Feiertagen
- ▶ Schwierigkeiten einer AN-Organisation in kleinen Unternehmen, Selbstausbeutung
- ▶ Durchsetzung des Vergabegesetzes, Fortschritt und praktische Schwierigkeiten, Verzicht auf ökolog. Kriterium
- ▶ Bürgerarbeit.

Richtigstellung

„Bezug nehmend auf die Aprilausgabe von „Potsdams andere Seiten“, Bildunterschrift auf Seite 1 mit Anita Tack, musste ich leider feststellen, dass es sich bei der Fahrt am 8. März nicht um den genannten Personenkreis (weibliche Mitglieder der AG Seniorenpolitik) handelt. Seit vielen Jahren lässt es sich Anita nämlich nicht nehmen, die Mitglieder und Freunde der Ortsgruppe 23 der Potsdamer Volkssolidarität zu ihrer obligatorischen Frauentags-Tour persönlich mit einer Rose zu beglückwünschen. Deshalb wäre wohl eine Korrektur angebracht.“

Wilhelm Tegener

Die Korrektur ist angebracht. Und wir entschuldigen uns für den Fehler.
Die Redaktion.

Zum Bebauungsplan Nr. 125 – Griebnitzseeufer

Hiermit möchte ich mich als Vertrauensperson des Bürgerbegehrens „Freies Ufer am Griebnitzsee“ innerhalb des Verfahrens zur Beteiligung der Öffentlichkeit zu Wort melden.

Die Bürger, die sich an dem Bürgerbegehren mit ihrer Unterschrift beteiligt hatten, taten dies mit dem Ziel: „Die freie Begehbarkeit des Ufers am Griebnitzsee ist unter Anwendung aller rechtlich zulässigen Möglichkeiten dauerhaft zu sichern.“ Die Stadt Potsdam hat mit dem vorgelegten Bebauungsplan einen ersten Schritt getan, um notwendige rechtliche Voraussetzungen für die Wiedereröffnung des Weges zu schaffen.

Es ist zu begrüßen, dass die Stadt in weiten Teilen einen ufernahen Weg plant. Dennoch ist das Ziel des Bürgerbegehrens, die „freie Begehbarkeit des Ufers“ dauerhaft zu sichern, nicht erfüllt. Im weiteren Abwägungsprozess ist davon auszugehen, dass im Sinne des Allgemeinwohls ein durchgehend freier Zugang zum Wasser gefordert wird.

In den Erläuterungen zum Bebauungsplan wird nur auf Seite 25 erwähnt, dass der Uferweg wegen einer Ausführung mit einer wasser gebundenen Decke „insbesondere für Rollstuhlfahrer und Personen mit Kinderwagen komfortabel“ ist. Ich bitte explizit als Planungsziel aufzunehmen, dass

ein durchgängig barrierefreier Uferweg für Fußgänger und Radfahrer gefordert wird.

In dem vorliegenden Entwurf wurde das Planungsziel eines Uferparks durch die Stadt fallen gelassen. Zusammenhängende öffentliche Flächen gibt es nur noch an den Zuwegungen zum Uferweg. Da nach dem Urteil des OVGH der Rückgriff auf private Flächen minimiert werden sollte, stellt die Reduktion der öffentlichen Flächen in diesem Entwurf auf 23,7 % für Uferweg und öffentliche Grünflächen ein nicht zu unterschreitendes Minimum dar.

Dr. Stephan Worseck

(Fortsetzung auf SEITE 2)

(Fortsetzung von SEITE 1)

Im Bereich der LINKEN

- ▶ Politikfrühshoppen zu Themen der Stadt mit Anita Tack und Hans-Jürgen Scharfenberg
- ▶ Infostand des ND
- ▶ Kaffee- und Kuchenstand der LINKEN (Spende SODI!) zur Unterstützung der Ausstellung „25 Jahre Tschernobyl – Wege zu einer transnationalen Erinnerungskultur“
- ▶ Bastelstand für Kinder
- ▶ AG Senioren (Gleiche Renten für gleiche Lebensleistung, gegen Rente mit 67, ...)
- ▶ Bündnis gegen Hartz IV

Einmal Gedächtnis abgeben, bitte ...

Hört man der CDU in Brandenburg in den letzten Wochen zu, könnte man den Eindruck gewinnen, da macht eine Fraktion ausgezeichnete Oppositionsarbeit. Die CDU kritisiert stasibelastete Richterinnen und Richter, die CDU kritisiert die fehlende Ausbildung von Sonderpädagogen in Brandenburg, die

CDU kritisiert den Flughafenstandort Schönefeld, sie kritisiert und kritisiert und kritisiert.

Hört man ihr aber mit Verstand zu, muss man wohlwollend von einem schlimmen Fall von Amnesie ausgehen, im weniger wohlwollenden Fall von böartigem Populismus. Bundesverkehrsminister Wissmann

(CDU) und Berlins Bürgermeister Diepgen (CDU) haben Schönefeld als BBI-Standort durchgesetzt. Auf Betreiben der CDU wurde die Ausbildung von Sonderpädagogen in Brandenburg eingestellt – Rot-Rot wird das wieder ändern. 10 Jahre führte die CDU das Justizministerium und unternahm nichts, um

Stasibelastungen zu finden. Die Liste ließe sich beliebig erweitern. Offenbar gehört es zu einem CDU-Abgeordneten in Opposition, sämtliche CDU-Aktivitäten der Regierungszeit zu vergessen. Das ist weder glaubwürdig noch sachlich. Brandenburg hat eine bessere Opposition verdient. *Peer Jürgens, MdL*

Kinderfilme in der DDR

Der Filmkritiker und Journalist Knut Elstermann hat sein neuestes Buch den Filmkindern von damals gewidmet, „Früher war ich Filmkind“ ist der Titel. Zu der Buchvorstellung im Kino Babylon, dem Kino, in dem der Film „Der kleine Muck“ 1953 uraufgeführt worden war, waren auch viele der Filmkinder und viele der Filmemacher von damals geladen. Doch der Darsteller des kleinen Muck fehlte. Thomas Schmidt ist leider schon 2008 verstorben.

Es sei ihm schwer gefallen, sich auf nur 14 Filme zu beschränken,

denn die DEFA hatte „planmäßig“ Kinderfilme produziert, so Knut Elstermann. Der Autor knüpft an Film-Szenen an, die ihn als Kind bewegten, streift Geschichten zur Entstehung der Filme und lässt uns an seinen Begegnungen mit den Filmkindern von damals und an den Gesprächen über deren Lebenswege teilhaben.

Eine echte Würdigung des Kinderfilmes der DDR und ein passendes Geschenk zum 65. Jahrestag der DEFA!

(ISBN 978-3-360-02114-4)



Die Witwe von Thomas Schmidt, Frau Hazel-Schmidt, war herzlich begrüßter Gast.

LINKE fordert echte Bürgerbeteiligung am Tram-Projekt

Im Februar informierten Stadtverwaltung und ViP die Einwohner von Eiche in einer Ortsbeiratssitzung erstmals über Straßenbahnpläne über Eiche bis Golm. Bis zum Sommer soll die SVV bereits entscheiden. Dazu erhielten wir einen Beitrag von Harald Herzel, Vorsitzender des Ortsverbands Westliche Ortsteile DIE LINKE.

Eine verantwortungsbewusste Positionierung zum Vorhaben „Straßenbahn nach Eiche/Golm“ ist erst möglich, wenn Stadtverwaltung und ViP umfassend und verlässlich über das Projekt informiert haben, stellte der Ortsverband Westliche Ortsteile der Partei DIE LINKE nach einer Mitgliederdebatte

am 12.4. in Eiche fest. Bereits im Umgang mit dem Tierheim-Projekt war der Eindruck entstanden, dass weder die betroffenen Einwohner noch der gewählte Ortsbeirat tatsächlich ernst genommen werden. Auch in diesem Fall hat die Stadtverwaltung im Vorfeld der Entscheidung nicht ausreichend für Transparenz gesorgt und damit die Möglichkeit der Beteiligung der Bürger an der konstruktiven Suche nach einer von vielen Seiten getragenen Lösung der Verkehrsprobleme fahrlässig vertan. So darf es nicht verwundern, wenn sich Bürgerinitiativen in Potsdam unabhängig von der Sache zunehmend vor allem gegen die „Arro-

ganz der Macht“ wehren, die Bürgerschlichtweg nicht wirklich in Entscheidungen über ihr Umfeld einbeziehen will.

Zum Straßenbahn-Projekt fordert der Ortsverband der LINKEN von der Stadtverwaltung, den gewählten Bürgervertretern in SVV und Ortsbeirat sowie den betroffenen Einwohnern ausreichende Möglichkeiten für eine sachgerechte Prüfung zu geben. Dazu gehören eine Darstellung des Gesamtkonzepts des Nahverkehrs im Gebiet Golm und Eiche (d. h. Straßenverkehr, Regionalbahn, Bus) sowie belastbare Aussagen zu einer möglichen Einbindung der Straßenbahn, insbesondere zu prognostiziertem

Bedarf, Kosten und Nutzen. Neben Wissenschaftspark und Uni müssen bei der Planung die Interessen der Einwohner der Ortsteile eine deutlich erkennbare Rolle spielen. Nachdem in Auftrag gegebene Studien zur Planung des Projektes zwei Jahre in den Schubfächern der Verwaltung schlummerten, sollte das Vorhaben jetzt nicht unter Zeitdruck gesetzt werden. Der Ortsverband der LINKEN verlangt einen klaren zeitlichen „Fahrplan“, der eine echte Einbeziehung von demokratischen Gremien und Einwohnern zum Beispiel durch eine Bürgerbefragung gewährleistet, bevor mit einem Straßenbahn-Fahrplan Fakten geschaffen werden.

Engagierte Workshops

Die Potsdamer Migrantenselbstorganisation ICDI e.V. und ihr langjähriger Kooperationspartner Haus der Generationen und Kulturen Am Schlaatz, betrachten die Einladung der Bundeskanzlerin An-

gela Merkel für die Gründerin des Internationalen Centers für Deutsche und Immigranten (ICDI) e.V., Charity Esther Okezie, in die Bundeskanzlei zur Veranstaltung „Menschen helfen Menschen“ als Ehrung

und Anerkennung der gemeinsamen erfolgreichen Arbeit des Projekts „Das Internationale Center für Deutsche und Immigranten (ICDI) bietet Unterstützung und Begleitung bei der Integration in die Gesellschaft“, das im Rahmen der Maßnahmen zur Förderung der Integration von Zuwanderern vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages gefördert wird.

Ziele sind die Verbesserung von Kontakten, Steigerung der Akzeptanz und Aktivierung der Selbsthilfe zwischen Zuwanderern und Einheimischen. ICDI e.V. dankt Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, MdL, besonders für die stete tatkräftige Un-

terstützung bei den Integrationsprojekten zur Stärkung der Zivilgesellschaft vor Ort. Alle interessierten Migranten und Einheimische sind zur engagierten Teilnahme an Workshops (Schneiderei, Strickerei, Malerei und Trommeln) verschiedener afrikanischer Länder, Kochkurs (zum Beispiel mit Porage, Fufu, Nemboyi aus Uganda, roter Reis aus Westafrika, Inkukhu aus Südafrika), Frauenrunde, Theatergruppe und Integrationsforum herzlich eingeladen.

Die Zuwanderer/innen des ICDI e.V. sehen sich als Potsdamer/innen und leben gern hier. Sie haben am eigenen Körper erfahren, was Rassismus bedeutet und wie Diskriminierung ist. Kontakt: Tel.: 0331



Bundeskanzlerin Angela Merkel, Charity Esther Okezie (l.), Vorsitzende des Potsdamer Internationalen Centers für Deutsche und Immigranten e.V.

Redaktionsschluss für die Juni-Ausgabe ist am 16. Mai 2011

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“ Die Linke Monatszeitung für die Landeshauptstadt.

HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE.Potsdam: Sascha Krämer, Vorsitzender. Alleestraße 3, 14469 Potsdam.

REDAKTION: medienpunkt potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam

Bernd Martin (V.i.S.d.P.); Rainer Dyk, Redakteur; H. Jo. Eggstein, Layout; Jens Hörnig, Reisen, Service; Gerlinde Krähnert, freie Mitarbeit; Renate Frenz, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;

ANZEIGEN: Sekretariat. BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00 „PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.

BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

Das ist das Mindeste

Faire Löhne – gute Arbeit – soziale Sicherheit / Aus dem Aufruf des DGB zum 1. Mai 2011

Wir leben in unruhigen Zeiten: Erdbeben, Tsunami und Atomkatastrophe in Japan, Aufstände gegen Unterdrücker-Regimes in arabischen Staaten. Die anhaltende Spekulation auf den Rohstoff- und Kreditmärkten, Angriffe auf soziale Errungenschaften und gewerkschaftliche Rechte im Windschatten der Eurokrise bedrohen die Existenzgrundlagen der Arbeitnehmererschaft und der sozial Schwachen.

In Teilen der Wirtschaft konnte die Krise dank des Einsatzes der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gemildert werden – der Respekt dafür ist bis heute ausgeblieben. Im Gegenteil! Bundesregierung und Arbeitgeber weiten Niedriglöhne, befristete Jobs und unsichere Arbeit immer weiter aus. Equal pay in der Leiharbeit und einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn lehnen sie ab – gegen die Forderung der großen Mehrheit der Bevölkerung. Aus der solidarischen Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme haben sich die Arbeitgeber verabschiedet, nachdem ihnen der Gesetzgeber die Türen geöffnet hat.

Deutschland ist in Schieflage. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer. Nicht wir haben über unsere Verhältnisse gelebt, sondern Spekulanten, Manager und Banker. Die Finanzmärkte müssen wirksam reguliert werden, und die Reichen und Vermögenden müssen endlich ihren Beitrag zur Bekämpfung der Krisenfolgen und für unseren Sozialstaat leisten.

Für eine sichere Zukunft brauchen wir starke soziale Sicherungssysteme und paritätische Beiträge der Arbeitgeber.

Der Atomausstieg ist ohne Alternative. Wir Gewerkschaften wollen ihn, denn wir stehen für einen Fortschritt, der die Natur und die Umwelt achtet. Und wir stehen zum Industriestandort Deutschland. Seine Zukunft hängt von einer sicheren und sauberen Energieversorgung ab. Auch von neuen Netzen. Wir stehen zum Energiesparen, zu Energieeffizienz und zu einem raschen Umstieg auf erneuerbare Energien.

Wir begrüßen die Arbeitnehmerfreizügigkeit in Europa. Mobilität muss aber unter fairen Bedingungen gestaltet werden. Für

entsandte Beschäftigte sowie Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter gilt: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Sie dürfen nicht als Lohndrücker missbraucht werden. Der ungerechte Euro-Plus-Pakt von Kanzlerin Merkel und Präsident Sarkozy ist der falsche Weg: Eingriffe in die Tarifautonomie, Schuldenbremse, Ausweitung des Niedriglohnssektors, Erhöhung des Renteneintrittsalters. All das steht für ein Europa, das wir so nicht wollen.

Wir fordern von der Bundesregierung und von den Arbeitgebern:

- ▶ gleichen Lohn für gleiche Arbeit für Stamm- und Leihbeschäftigte,
- ▶ den allgemeinen gesetzlichen

Mindestlohn von 8,50 Euro die Stunde,

- ▶ gute Arbeit, die eine Familie ernährt, nicht krank macht und mitbestimmt ist,
- ▶ flexible Übergänge in die Rente statt Rente mit 67 und
- ▶ eine solidarische Bürgerversicherung im Gesundheitssystem und in der Pflege statt Kopfpauschalen und immer mehr Eigenbeteiligung.

Der 1. Mai ist unser Fest der Solidarität und kein Ort für alte und neue Nazis. Wir demonstrieren am 1. Mai in Deutschland und Europa für eine gerechte soziale Ordnung: mit guter Arbeit, fairen Löhnen und sozialer Sicherheit für alle! Wir wollen eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt.



Bürgerbeteiligung – Versprechen und Wirklichkeit!

Knapp ein halbes Jahr ist es her, da wurde Jann Jakobs erneut zum Oberbürgermeister Potsdams gewählt. Was ist seitdem passiert? Was ist aus seinem Versprechen zur Verbesserung der Bürgerbeteiligung geworden? In den letzten Monaten erleben wir eine starke Zunahme an Bürgerinitiativen. Eine überregionale Zeitung kürte „Potsdam zur Hauptstadt der Bürgerinitiativen“. Zu Mitteschön und Stadtschlossverein kommen jetzt Pro-Brauhausberg, Gegen-Fluglärm, Kein Tierheim in Eiche und Fahrland, gegen Abriss der Gebäude am Alten Markt 10. In Drewitz gibt es Widerstand sowohl gegen den „Drewitz-Park“ wie gegen die Gartenstadt und bald gibt es eine BI gegen den Aufbau der Garnisonkirche. Die Liste ist nicht abschließend.

Bürgerinitiativen zielen meist auf einen Zweck, ausgerichtet an

den Interessen der Betroffenen. Sie sind von immenser Bedeutung. Weil in diesen Bürgerinitiativen der Wille von zumeist direkt Betroffenen sich direkt äußert und weil sich hier Menschen zur Durchsetzung ihrer Sichtweisen und Interessen zusammenschließen auf Zeit, jenseits hergebrachter Strukturen, und sich engagieren. Bürgerinitiativen sind grundsätzlich zu begrüßen. Bürgerbeteiligung darf nicht als Übel betrachtet, sondern muss vielmehr als Chance genutzt werden. Für DIE LINKE sind sie Ausdruck von politischem Interesse und dem Wunsch nach demokratischer Teilhabe. DIE LINKE fordert daher auch eine Stärkung der Möglichkeiten von direkter Demokratie sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene. Aber die wachsende Anzahl von BI beweist nicht nur politisches Interesse. Sie zeigt

auch, dass die Unzufriedenheit mit der Führung in der Stadt wächst. Das Bild von „Stuttgart 21“ ist inzwischen in vielen Köpfen angekommen. Wenn der OB sein Versprechen nach mehr Bürgerbeteiligung ernst meint, wird er in den Dialog mit den vielfältigen Protesten treten, um auf Augenhöhe den Menschen zu begegnen. Politik muss sich mit der konkreten Situation vor Ort vertraut machen, vor allem aber damit, was die Bürger bewegt. Linke Stadtentwicklung muss vor allem unter dem Aspekt erfolgen, was es den Menschen nutzt.

Was aber ist bisher geschehen? Bürgerinitiativen erhalten kein Rederecht (BI Pro Brauhausberg) vor den Stadtverordneten, Bürgerinteressen wurden bisher oft übergangen oder von der Stadtspitze als lästig angesehen. Auch beim Bürgerhaushalt gibt es

keine Veränderungen. Kein Vorschlag wurde bisher umgesetzt. Jakobs' Beigeordnete stoßen in schöner Regelmäßigkeit Bürger vor den Kopf – Fakten werden zurückgehalten, Stadtverordnete nicht informiert.

Vor diesem Hintergrund ist es kein Wunder, dass die Bürger der Stadt Potsdam ihre Geschicke in die eigenen Hände nehmen und sich nicht auf „die Politik“ oder auch „die Verwaltung“ verlassen. Ganz im Sinne des Jakobsschen Versprechens von mehr Bürgerbeteiligung. Und so scheint sein Versprechen doch wahr zu werden. Aber nicht weil Bürgerbeteiligung von der Stadtspitze gefördert wird, sondern weil die Bürger ihrer Stadtspitze nicht mehr vertrauen und ihre Angelegenheiten lieber selbst in die Hand nehmen. Ob das so gemeint war?

Sascha Krämer



Fortsetzung unserer Umfrage

DIE LINKE.Potsdam ist an IHRER Meinung interessiert. Jeden Monat stellen wir Ihnen eine Frage auf unserer Internetseite:
www.dielinke-potsdam.de

Unsere Frage im Monat April (Zeitraum: 1.4. - 20.4.) lautete:

Befürworten Sie eine Straßenbahntrasse von Potsdam in den Wissenschaftspark Golm?

Das ist die statistische Übersicht der Antworten:

Gesamt: 787 Stimmen

Ja: 50

Nein: 732

Egal: 5

Wir bedanken uns bei allen Teilnehmern.

Und hier ist unsere Frage für den Monat Mai:

Wie bewerten Sie die zahlreichen Gründungen von Bürgerinitiativen in Potsdam?

Mischen Sie sich ein!

Schwarzer Markt „gesäubert“

Mai 1946

Im Nachkriegsdeutschland 1945/46 erlebten Schwarze Märkte ihre Blütezeit. Ursache war die missliche Versorgungssituation mit allen Bedarfsgütern. Das war auch in Potsdam der Fall. Selbst das Androhen drakonischer Strafen und laufende Razzien hielten viele Menschen nicht davon ab, den Schwarzen Markt zu besuchen. Eine Stelle, an der sich Händler und Käufer bevorzugt trafen, war der heutige Luisenplatz.

Um zu demonstrieren, wie ernst es der Potsdamer Stadtverwal-



lung mit der Beseitigung des Schwarzen Marktes war, wurde am 03. Mai 1946, 10.00 Uhr, eine besondere Aktion gestartet. Die „Märkische Volksstimme“ vom 06. Mai 1946 berichtete:

„Die Feuerwehr war dort aufgefahen und hielt Schlauch- und Spritzübungen ab. Aus mindestens vier C-Rohren wurde kräftig Wasser gegeben, das sich über den ganzen Platz ergoss, wodurch der Schwarze Markt im wahren Sinne des Wortes gesäubert wurde.“

Der Kampf um „Das Beil von Wandsbek“

Mai 1951

Am 11. Mai 1951 hatte der DEFA-Spielfilm „Das Beil von Wandsbek“ Premiere. Regisseur war Falk Harnack, das Drehbuch schrieben Hans-Robert Bortfeldt und Falk Harnack nach einem Manuskript von Wolfgang Staudte und Werner Jörg Lüddecke. Als Vorlage diente der gleichnamige Roman von Arnold Zweig. Die Kamera führte Robert Baberske und als Darsteller wirkten u.a. Erwin Geschonneck, Käthe Braun, Gefion Helmke und Willi A. Kleinau.

Zum Inhalt des Films: Der Hamburger Schlächtermeister und treuer Nationalsozialist Teetjen richtet gegen ein Blutgeld von 2.000,- Reichsmark vier Kommunisten hin, da der eigentliche Scharfrichter erkrankt ist. Die Tat wird ruchbar und der Schlächter verliert seine Kunden. Sozial isoliert und finanziell am Ende begehen der Schlächter und seine Frau Selbstmord.

Die Premiere war überwälti-

gend. Der Allgemeine Deutsche Nachrichtendienst (ADN) berichtete am 11. Mai 1951: „Nach Ablauf des Films verharnten die erschütterten Premierenbesucher [...] noch kurze Zeit im Schweigen.“ Und der „Berliner Montag“ vom 15. Mai 1951 schrieb: „Der Beifall bei der Uraufführung nahm nach einer Pause der Ergriffenheit ungewöhnliche Formen an.“

Und dennoch wurde dieser Film der erste aus den DEFA-Studios, der aus politischen Gründen verboten wurde. Warum?

Die Antwort findet sich im Beschluss des Politbüros des ZK der SED vom 22. Juli 1951 zu diesem Film: „Noch krasser offenbaren sich die Fehler des kritischen Realismus in dem Film Das Beil von Wandsbek, der nicht die Kämpfer der deutschen Arbeiterklasse zu den Haupthelden macht, sondern ihren Henker.“

Vorausgegangen war diesem Beschluss am 15. Mai 1951 die Auf-

führung des DEFA-Films „Das Beil von Wandsbek“ in der Hauptverwaltung der DEFA. Daran nahmen teil: Wilhelm Pieck, Präsident der DDR, Hermann Axen, Anton Ackermann, Paul Verner (alle Sekretäre des ZK der SED), Rudolf Herrstadt, Chefredakteur des „Neuen Deutschland“, Hanns Eisler, Komponist, und Tschekin, sowjetischer Vertreter. Außer Hanns Eisler stimmten alle für ein Verbot – nur Wilhelm Pieck, in Rücksicht auf Arnold Zweig, schlug eine verhaltenere Variante vor: Aufführung ja, dann sollen Stimmen gegen den Film organisiert werden, die ein Stopp der Aufführung rechtfertigen.

Und so wurde verfahren. Am 17. Mai 1951 beschloss das Politbüro des ZK der SED zum DEFA-Spielfilm „Das Beil von Wandsbek“: „Über den Film sollen Kritiken aus dem Publikum veröffentlicht werden. Eine Woche danach soll der Film vom Spielplan ab-

gesetzt werden.“ Diese Praxis weckte den Zorn Arnold Zweigs – immerhin Mitglied des Weltfriedensrates, Mitglied der Volkskammer der DDR, Präsident der Akademie der Künste und Nationalpreisträger. Am 07. Juli 1951 protestiert er bei der Parteiführung gegen die Verbotspraxis. Ohne Erfolg.

Erst am 09. November 1962 – am Vorabend des 75. Geburtstages von Arnold Zweig – erfolgte die sozusagen zweite Premiere des DEFA-Spielfilms „Das Beil von Wandsbek“. Wollte man dem Dichter der literarischen Vorlage ein Geburtstagsgeschenk machen? Glaubte die Parteiführung jetzt an die politische Reife des Filmpublikums, einen Film verdauen zu können, in dem die Arbeiterklasse nicht Hauptakteur ist? Auf jeden Fall war die Fassung der zweiten Premiere um 20 Minuten kürzer als die der ersten.

Auch ohne Wohnungsbauprogramm

Mai 1971

Der VIII. Parteitag der SED (15. - 19. Juni 1971) hatte das Wohnungsbauprogramm als Bestandteil der „...Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik...“ noch nicht beschlossen, da

erlebte Potsdam einen Höhepunkt in der Wohnungspolitik.

Am 01. Mai 1971 nämlich bezogen die ersten Mieter die Hochhäuser am Kiewitt. Es war die seinerzeit größte Wohnhaussied-

lung des Bezirkes Potsdam – und die Wohnungen sind noch heute, auch wegen ihrer Lage in der reizvollen Landschaft, sehr begehrt.



„Schulhefte für Vietnam“

Mai 1981

Am 01. Mai 1975 endete mit dem Einmarsch der vietnamesischen Truppen in Saigon der beinahe 30jährige vietnamesische Krieg. Die amerikanischen Aggressoren waren geschlagen. Das vietnamesische Volk aber litt noch jahrelang unter den schweren Zerstörungen seiner Heimat. Es war auf die Solidarität vieler angewiesen.

In der DDR spielte die Erziehung zur Solidarität eine wichtige Rolle, namentlich zur Solidarität mit dem Volke Vietnams. Kein Wunder also, dass die Potsdamer Rosa-Luxemburg-Oberschule am 26. November 1980 zu der DDR-weiten Aktion „Schulhefte für Vietnam“ aufrief.

Als am 06. Mai 1981 im Jugendklubhaus „Lindenpark“ die zentrale

Abschlussveranstaltung für die Aktion „Schulhefte für Vietnam“ stattfand, konnten die Pioniere und FDJ-Mitglieder der Luxemburg-Schule ein Ergebnis von 10.102,- DM abrechnen. Die Summe war durch Altmaterialsammlungen, Soli-Basare, Spenden u.a. zusammengekommen. Insgesamt wurden in der DDR in dieser Aktion rund 3 Mil-

lionen Mark aufgebracht. An der Veranstaltung zum Abschluss der Aktion „Schulhefte für Vietnam“ nahmen neben 350 Pionieren und FDJ-Mitgliedern auch Kurt Seibt, Vorsitzender des Solidaritätskomitees der DDR, und Phan Van Kim, Botschafter der Sozialistischen Republik Vietnam, teil.

Abgelehnt, abgelehnt und ... abgelehnt

LINKE-Fraktionschef Hans-Jürgen Scharfenberg zum Haushalt 2011

Potsdam wird seit 2008 von einer Rathauskooperation regiert, die dem Oberbürgermeister für seine Entscheidungen eine stabile Mehrheit sichern soll. Diese Kooperation aus SPD, CDU, FDP und Grünen hat jedoch nunmehr ihren Zenit überschritten. Was jetzt noch bleibt ist ein gewisses Trägheitsmoment und die nach wie vor vorhandene Sorge der SPD und des Oberbürgermeisters vor einer starken LINKEN. Unsere Angebote für eine Zusammenarbeit sind ohne Begründung abgelehnt worden. Damit können wir leben. Problematisch sind jedoch die Fehlentscheidungen, die in dieser Konstellation, zum Teil aus Trotz gegenüber der LINKEN, getroffen worden sind.

Da sind das Hin und Her um einen Badneubau in Potsdam und die Entscheidung für ein Freizeitbad im Bornstedter Feld. Da ist die Leidensgeschichte um das Potsdamer Tierheim, das bereits Ende 2010 seinen Betrieb aufnehmen sollte. Regelrecht verantwortungslos ist die Tatsache, dass die Schulentwicklungsplanung seit mehreren Jahren am Bedarf vorbei geführt wurde. Die Beispiele ließen sich problemlos fortführen.

Fazit: Unsere Anträge wurden abgelehnt. Dieses längst bekannte Defizit soll auch in diesem Jahr nur durch Krisenmanagement und einen Dringlichkeitsantrag zugekleistert werden - ein klares Armutszeugnis für diese Stadt. Diese Ablehnungsmanie zeugt davon, dass in Potsdam oft am Willen der Bürger vorbei regiert wird, auch wenn wir uns vor etlichen Jahren für den Weg zur Bürgerkommune entschieden haben. Aber der Umgang des Oberbürgermeisters mit Beschlüssen der SVV ist bekanntermaßen sehr willkürlich.

Deshalb mutet es fast grotesk an, wenn dieser Oberbürgermeister eine Offensive zur Bürgerbeteiligung ankündigt. Wenn er das wirklich ernst meint, müsste er faktisch auf dem Absatz kehrt machen.

Potsdam ist zum Gespött des Landes geworden, nachdem Herr Jakobs im Chor mit den anderen Oberbürgermeistern das Klagelied der kreisfreien Städte gesungen hatte und wenige Tage später ein Überschuss von 33 Millionen Euro gefunden wurde...

Sieg in der Debatte

Die besten Argumente bei den Ostdeutschen Debattiermeisterschaften haben drei Potsdamer Studierende gebracht und damit den Sieg in der Finalrunde erreicht. Der Debattierklub nennt sich „Wortgefechte Potsdam“. Und mit von der Partie ist kein Geringerer als das Kreisvorstandsmitglied Moritz Kirchner. Weiter gehören den „Wortgefechten“ Markus Heilig und Florian Umseid an. Herzlichen Glückwunsch den Siegern, die sich gegen 33 Konkurrenten aus den neuen Bundesländern durchsetzten.



Und damit bin ich beim Haushalt 2011. Ich bedanke mich bei den Kooperationsfraktionen, dass sie nach dem Studium unserer Anträge einen Teil davon übernommen haben, so die Humboldtbrücke und das Geschäftsstraßenmanagement. Aber es blieb einiges offen. So wollten wir die 45.000 Euro für Festivals eben nicht aus der kleinteiligen Projektförderung nehmen, sondern zusätzlich finanzieren. Es wäre absurd, wenn das Bildungspaket zu einer Verschlechterung führen würde. Deshalb wollen wir, dass die zusätzlichen Mittel genutzt werden, um den Anspruch auf kostenloses Schulesen für sozial bedürftige Schülerinnen und Schüler durchzusetzen.

Wir wollten, dass das Archiv die notwendigen Mittel für die Sicherung des Brandschutzes erhält und nicht 100.000 Euro, wie sie Herr Exner widerwillig über Grundstücksverkäufe nunmehr sichern will.

Wir setzten uns dafür ein, dass die Mittel für das Projekt Mädchenzukunft bereitgestellt werden, damit dieses wichtige Projekt weitergeführt werden kann. Abgelehnt. Und die Betroffenen gaben demonstrativ ihren „Integrationspreis“ aus 2009 an die Stadt zurück.

Und schließlich verweise ich auch auf den von uns vorgeschlagenen haushaltsbegleitenden Beschluss zur Verkürzung des Zeitraums für die noch ausstehende Schulsanierung von 2018 auf 2017. Abgelehnt. Abgelehnt. Abgelehnt!

Auch in diesem Jahr versuchte der Finanzbeigeordnete, die Änderungsanträge der Stadtverordneten mit dem Argument fehlender oder ungeeigneter Deckungsquellen auszuhebeln. Sieht man sich aber die umfangreiche Änderungsliste der Verwaltung an, wird deutlich, dass das offenbar für die Verwaltung selbst nicht gilt. Da wird dann mal eben in die Rücklage gegriffen, oder die erwarteten Einnahmen aus der Einkommenssteuer werden um 1 Million Euro erhöht. Warum das der Finanzbeigeordnete darf, die Stadtverordneten aber nicht, erschließt sich mir nicht. Inakzeptabel sind auch die fehlenden Begründungen der Verwaltung zum Beispiel bei der Einrichtung von zwei Stellen für Bürgerbeteiligung ohne ein inhaltliches Konzept. Der Haushaltsbeschluss wird von der SVV gefasst. Also muss sie auch die Möglichkeit für inhaltliche Veränderungen haben.

Potsdam braucht ein Haus der Wissenschaft

Seit längerem setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass im Zentrum der Stadt ein Haus der Wissenschaft eingerichtet wird. Potsdam schmückt sich damit, dass es hier eine Vielzahl von wissenschaftlichen Einrichtungen gibt, die auch international eine große Ausstrahlung entwickeln. Gern wird auch damit kokettiert, dass wir die Landeshauptstadt sind, die im Verhältnis zur Einwohnerzahl die größte Zahl an Wissenschaftlern aufzuweisen hat. Zugleich wird insbesondere von den Hochschulen immer wieder der Wunsch nach einem solchen Kommunikationszentrum und Schaufenster für die Wissenschaft geäußert. Im Zusammenhang mit der Bewerbung Potsdams als Stadt der Wissenschaft gab es sogar schon ein entsprechendes Konzept, das jedoch nach dem Scheitern dieser Bewerbung keine Umsetzung fand.

Nach einer langen Diskussion sollten endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden. Das Vorhaben muss in die weitere Gestaltung des Alten Marktes einbezogen werden. Das hatte die Linksfraktion bereits bei der Beschlussfassung zum Leitbautenkonzept beantragt, aber keine Mehrheit dafür gefunden. Unserer Forderung folgend stellte der Oberbürgermeister kürzlich im Hauptausschuss den Stand der bisherigen Überlegungen vor, nach denen zum Beispiel die vierte Etage der neuen Bibliothek als möglicher Ort zur Ansiedlung dieses Vorhabens benannt wurde. Allerdings wurde auch deutlich, dass die Vorbereitungen



noch sehr unverbindlich und in einem frühen Stadium sind. Deshalb forderte DIE LINKE mit einem Antrag, dass bis September 2011 ein Konzept für ein Haus der Wissenschaft erarbeitet und den Stadtverordneten vorgelegt wird, um eine verbindliche Grundlage für das weitere Vorgehen zu haben. Der Oberbürgermeister sagte zu, diese Vorlage erarbeiten zu lassen.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Wohnen in der Schiffbauergasse?

Schon vor einigen Jahren hatte die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, dass keine Wohnbebauung auf der Schiffbauergasse geplant und realisiert werden darf. Das war und ist wichtig für den Kulturstandort, weil klar ist, dass gerade hier auch am späten Abend eine Geräuschkulisse zur Freude von Besucherinnen und Besuchern erlaubt sein muss. Erfahrungen haben gezeigt, dass an anderer Stelle Gerichtsurteile gegen Lärmemission zu Gunsten von Anwohnern gefällt wurden, die der Kultur ein Ende bereiten. Bislang wurde dieser Forderung Folge geleistet. Bis Anfang des Jahres auf meine Nachfrage im Hauptausschuss hin sich fast durch Zufall ergab, dass es an der Schiffbauergasse ein Boardinghouse geben soll. Was ist überhaupt ein Boardinghouse, war die Frage an Herrn Klipp, Baubeigeordneter der Stadt? Das ist ein Wohnhaus, das nur kurzzeitig, für Monate oder auch Wochen vermietet werde. Also doch Wohnen auf der Schiffbauergasse, mit Beschwerden der Anwohner über Lärmbelästigung? Rein rechtlich sei alles abgesichert, hat man uns eilig versichert, denn die Baugenehmigung sei bereits erteilt worden.

Wir wollen keine Konflikte von Kultur und Wohnen, die eine Einschränkung der Kulturträger nach sich ziehen könnte. Deshalb haben wir beantragt, dass diese Baugenehmigung zurückgezogen wird und eine rechtliche Erörterung der Situation stattfindet. Zunächst wird alles im Bauausschuss beraten.

Ob man sich darauf verlassen kann, dass niemand klagt, wissen wir nicht. Priorität müssen die Kulturträger haben. Auch das Theaterschiff soll jetzt an diesem Standort spielen, weil es am angestammten Ort mit seinen Programmen in der Innenstadt für die angrenzende Wohnbebauung zu laut wäre. Wir wollen Vorkehrungen treffen, dass Kulturentwicklung gute Möglichkeiten behält und nicht vom Regen in die Traufe kommt.

Dr. Karin Schröter
Kulturausschussvorsitzende der StVV
Fraktion DIE LINKE

Gedenken an Nazi-Opfer in der Lindenstraße

Am 10. März gedachte die Potsdamer VVN-BdA im dritten Jahr der Opfer des Potsdamer NS-Erbgesundheitsgerichtes in der Lindenstraße 54-55 (dokumentiert auf unserer Internetseite www.brandenburg.vvn-bda.de).

Das NS-Erbgesundheitsgericht in Potsdam tagte erstmals am 10. März 1934. Die reichsweit eingerichteten so genannten Erbgesundheitsgerichte entstanden zur Durchsetzung des sozial-rassistischen „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ vom 14. Juli 1933. Allein in Potsdam wurden über 4.000 Menschen zur Zwangssterilisation verurteilt.

Das Gedenken haben wir zum Anlass genommen, um darauf aufmerksam zu machen, dass es bisher keinen akzeptablen Gedenkort für die Opfer des Naziterrors in der Lindenstraße gibt, weder für die Opfer der Zwangssterilisation noch für die Opfer des dort während der NS-Zeit tätigen Amtsgerichtes noch für die Untersuchungshäftlinge des in Potsdam ebenfalls tagenden „Volksgerichtshofes“.

Die VVN-BdA plant zur künstlerischen Umsetzung eines Gedenkortes für die Opfer des NS-Terrors in Potsdam einen offenen Wettbewerb. Dazu werden 20.000 Euro benötigt. Spenden sind willkommen.

Zur Sammlung der Spenden für den Gedenkort Lindenstraße wurde ein Konto eingerichtet:

VVN-BdA Brandenburg e.V.
GLS Bank

BLZ 430 609 67

Konto: 110 28 61 500

Stichwort: Gedenkort Lindenstraße

Spenden sind steuerlich absetzbar. Bei Spenden bis zu 200 € genügt als Nachweis gegenüber dem Finanzamt i.d.R. der Kontoauszug. Wenn Sie eine Spendenbescheinigung zugesandt bekommen möchten, geben Sie bitte dazu ihre Aschrift auf dem Überweisungsträger an. Vielen Dank! VVN/BdA

Kein städtisches Geld für die Garnisonkirche

Die Hof- und Garnisonkirche zu Potsdam polarisiert und bewegt die Menschen dieser Stadt. Als die „Kirche der Garnisonsstadt“ war sie ein Sinnbild des preußischen Militarismus. Geradezu verhängnisvoll wurde dieser Ort für Deutschland, als am „Tag von Potsdam“ im Jahre 1933 genau an dieser Stelle Hitler von den Konservativen auf ihren Schild gehoben und damit hoffähig gemacht wurde. Im Jahre 1968 wurde die Kirche, zumindest die Ruine der 1945 beim Bombenangriff getroffenen Kirche, gesprengt. Walter Ulbricht hatte es angeordnet. Es ging um neue moderne sozialistische Städte, deren Silhouetten nicht von Kirchen geprägt sein

sollten. Auch in Leipzig hatte man bei der Universitätskirche so entschieden. In Potsdam kam noch das antipreußische Moment hinzu. Es war ein Schlag gegen Preußen – einen Staat, den die vier Siegermächte per Dekret aufgelöst hatten.

Die Auseinandersetzung der LINKEN mit der Garnisonkirche war und ist ein ständiger Lernprozess und eine Gratwanderung. Anfang der 1990-er war man entschieden gegen einen Aufbau. In dem damaligen Konzept der konservativen Stiftung Preußisches Kulturerbe um Max Klar sah man die Gefahr einer Wiederbelebung der Tradition als Militärkirche. Darum kann ein Wiederaufbau

für DIE LINKE nur als Kontrapunkt zur alten Garnisonkirche realisiert werden. Die Glaubwürdigkeit des Konzeptes wurde klarer und letzte Verunsicherungen wurden Ende 2009 mit dem Ausstieg der national-konservativen Stiftung Preußisches Kulturerbe um Max Klar ausgeräumt.

Mitte 2010 tauschten Pfr. Martin Vogel, Theologischer Vorstand der seit 2008 bestehenden Stiftung Garnisonkirche, und DIE LINKE. Potsdam sachlich die Argumente aus und am Ende waren beide Seiten etwas klüger. Herr Vogel stellte sein Konzept vor und wir äußerten unsere Bedenken. Jetzt werden Kritiker aufgrund der Debatte wach und werfen der LIN-

KEN „Verrat aus parteiegoistischen und opportunistischen Gründen vor“. Nun können wir noch Jahre gegen Windmühlen kämpfen oder wir akzeptieren Realitäten, also den nicht zu verhindernden Aufbau. DIE LINKE wird den Aufbau und vor allem das Nutzungskonzept kritisch und sehr aufmerksam beobachten und wenn es nötig ist, weiterhin ihre Bedenken laut äußern. Miteinander reden und so Einfluss nehmen, das halte ich für den richtigen Weg.

Eines ist jedoch nicht verhandelbar. DIE LINKE. Potsdam sagt auch weiterhin: Kein städtisches Geld für die Garnisonkirche!

Sascha Krämer

Ein Symbol preußischer Kriegskultur

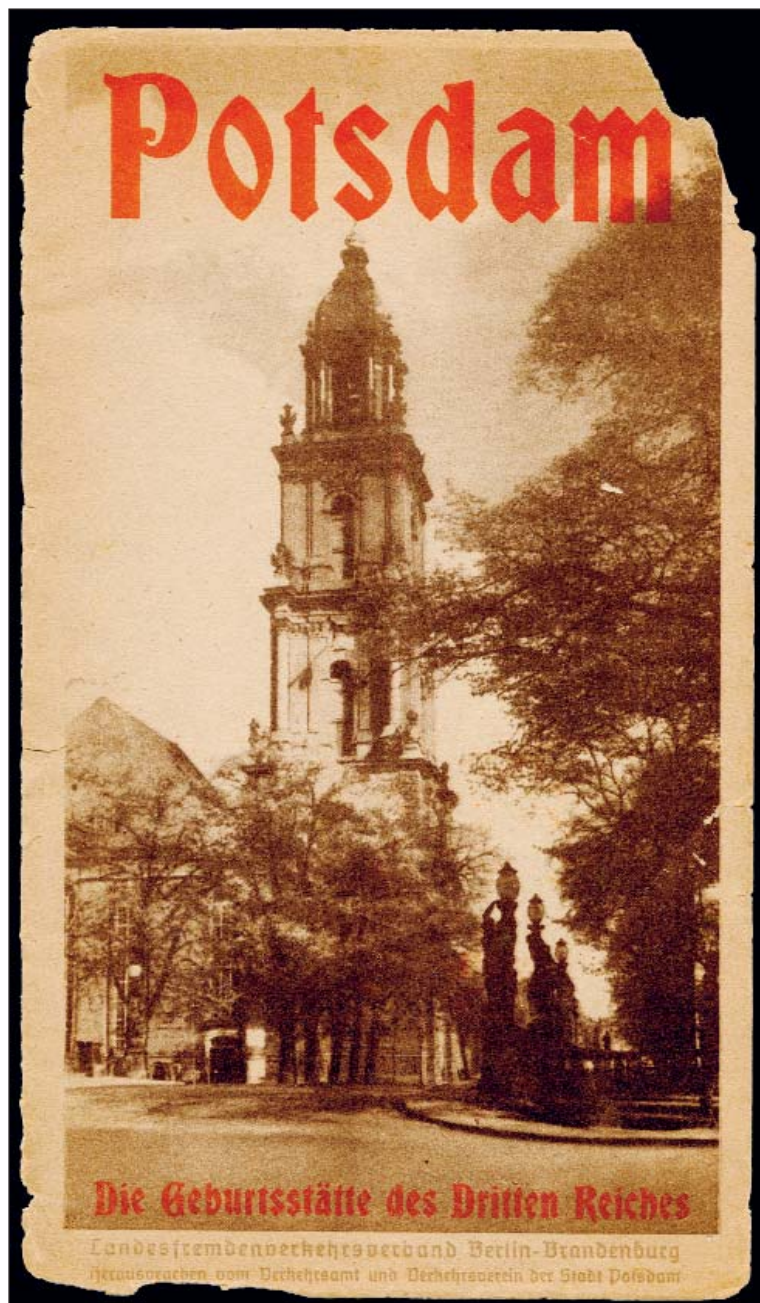
„Als der Gerlachbau 1732 eingeweiht wurde, ließ Friedrich Wilhelm nach jeder Strophe des gesungenen Chorals eine Kanonensalve abfeuern. Dieses Bauwerk diente eindeutig einem Gott, der Eisen wachsen ließ und für Preußens Militär und Militarismus bleibt es fortan das hochaufragende Symbol.“

Diese Worte schrieb Rolf Schneider in seinem Buch „Potsdam Garnison und Arkadien“ über die Errichtung der Garnisonkirche in Potsdam.

Doch traurige Berühmtheit erlangte die Kirche vor allem im Jahr 1933, als der Reichspräsident Paul von Hindenburg und der neue Reichskanzler Adolf Hitler in der Garnisonkirche zusammenkamen, sich die Hände gaben und Hitler als deutscher Kanzler vereidigt wurde.

Im „Ruf aus Potsdam“, dem Aufruf zur Wiedererrichtung der zerstörten Barockkirche, findet sich kein Wort zum politischen Ursprung der Kirche. Der „Tag von Potsdam“ wird zum Missbrauch einer für sich harmlosen Kirche verklärt: „Die Garnisonkirche wurde mißbraucht. Am 21. März 1933 nutzten die Nationalsozialisten sie schändlicher Weise für eine Inszenierung“.

Doch dass dieses Symbol von preußischer Kriegskultur ausgewählt wurde, um den Nationalsozialismus feierlich zu begründen, ist kein Zufall.



„Der befreiende Ruf des Evangeliums soll von hier wieder erschallen. In diesem Gotteshaus könnten zukünftig das Gedächtnis

geprägt, das Gewissen geschärft und die Zukunft gestaltet werden“, heißt es im „Ruf von Potsdam“. Doch wäre es für die Wissen-

schaftsstadt Potsdam nicht besser, ihr Gedächtnis, ihr Gewissen und ihre Zukunft unter wissenschaftlichen Aspekten zu entwickeln?

Das Argument, man könne die Stadt-Silhouette von 1945 und davor wiederherstellen, bedarf einer näheren Betrachtung: Vorhanden ist die Nikolaikirche als Zentrum der Stadtsilhouette Potsdams. Doch wo sich einst die Heilig-Geist-Kirche befand, wurde 1997 die Residenz Heilig-Geist-Park errichtet, deren Turm eine Höhe von 84 Metern hat. Damit prägt dieses Gebäude die Silhouette des modernen Potsdams.

Potsdam hat sich in den letzten 70 Jahren weiterentwickelt und wird sich immer weiterentwickeln. Warum also krampfhaft zu alten Zeiten zurückkehren?

Vor allem dürfen für den Wiederaufbau der Garnisonkirche keine öffentlichen Mittel – auch für die Gründung einer Stiftung und den Bau eines Pavillons zu Werbezwecken für den Wiederaufbau – verwendet werden. Diese öffentlichen Gelder werden an anderer Stelle viel dringender gebraucht.

Wir möchten eine Bürgerinitiative gründen, die sich dafür einsetzt, dass an dem Platz der ehemaligen Garnisonkirche kein Gebäude aus der Vergangenheit, sondern eines für die Zukunft erbaut wird.

Gründungsgruppe der Bürgerinitiative „OHNE GARNISONKIRCHE“

Potsdam Ohne Garnisonkirche

Gründungsveranstaltung am 12. Mai 2011, 17–19 Uhr, Kabarett „Am Obelisk“ Charlottenstraße 31

Bürgerinitiativen vernetzen

„Rathausreport Live“ der Fraktion im Staudenhof

Beim „Rathausreport Live“ der LINKEN-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung stand der gerade verabschiedete Haushalt 2011 der Landeshauptstadt im Mittelpunkt. Fraktionsvorsitzender Hans-Jürgen Scharfenberg begründete im gut besuchten „Café am Staudenhof“ die Ablehnung der Fraktion, denn die Rathauskooperation aus SPD, CDU, FDP und Grünen hatte ihren Vorschlag „durchgewunken“, in dem kein anderer Ergänzungsantrag, besonders der LINKEN, eine Chance hatte. So waren unter anderem der Anspruch auf kostenloses Schulesen für Bedürftige und das Integrationsprojekt „Mädchenzukunft“ gescheitert. Scharfenberg kritisierte: „Diese Kooperation hat ihren Zenit überschritten“, problematisch seien jedoch die Fehlentscheidungen zum Schaden der Bürgerinnen und Bürger Potsdams, die in dieser Konstellation, zum Teil aus Trotz gegenüber der LINKEN, getroffen worden sind.

Vor Ort im Haus Am alten Markt



10 ging es natürlich auch um die Bürgerinitiative zur Rettung des bezahlbaren Wohnraumes in der historischen Mitte. BI-Sprecher Heinz Wilczek begrüßte die Initiativen der LINKEN-Fraktion, die bereits mehrfach dieses Thema zur Entscheidung der Stadtverordne-

ten bringen wollte, aber mit ihren Anträgen an der geschlossenen Rathauskooperation scheiterte. Die Bürgerinitiative habe zu diesem Zeitpunkt bereits über 300 Unterschriften für die Erhaltung von 182 bezahlbaren Wohnungen gesammelt und werde seine Ak-

tionen noch verstärken. Hans-Jürgen Scharfenberg sicherte seine Unterstützung zu und orientierte auf eine Vernetzung der vielfältigen Bürgerinitiativen in der Landeshauptstadt, um dem direkten Bürgerwillen mehr Gehör zu verschaffen.

Fehlende Akzeptanz der Bürger zum Masterplan

Bürgerinitiative „Pro-Brauhausberg“ meldet sich zu Wort (gekürzt)

Ich möchte mit einem Zitat von Richard von Weizsäcker (1981) beginnen: „Stadtentwicklung ist kein Monopol von Politikern, Beamten und privaten Planern, sondern Gegenstand öffentlicher Diskussion und Beratung.“

Genügt die Stadt Potsdam ihrem Ziel, im Jahre 2012 Bürgerkommune zu werden, wirklich diesem Anspruch?

Unsere eigenen Umfragen sowie die der Presse zeigen eindeutig, dass eine große Anzahl der Potsdamer Bürger mit der durch die Landeshauptstadt Potsdam vorgesehenen Entwicklung am Brauhausberg nicht einverstanden ist.

Wir haben den Eindruck, dass sich die Einbeziehung der Bürger nur auf das Minimum der gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsprozesse im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens beschränken soll.

Diese Art und Weise des Umgangs mit dem Bürger wird dem Ziel „Potsdam auf dem Weg zur Bürgerkommune“ und der Richtlinie vom 13.06.2008 zur nachhaltigen Stadtentwicklung nicht gerecht.

Herr Jakobs beruft sich auf den Beschluss vom 27.01.2010 und beabsichtigt damit, sich jeglicher, inhaltlicher Diskussionen zu diesem Thema zu entziehen.

Unserer Ansicht nach gibt es zahlreiche gute Gründe, den Be-

schluss vom 27.01.2010 in Frage zu stellen und zu revidieren oder wenigstens nochmals zu überdenken.

Ein Hauptgrund ist die fehlende Beteiligung der Bürger bei der konzeptionellen Gestaltung des Brauhausberges. Deshalb fehlt die Akzeptanz der Bürger hinsichtlich des Masterplanes.

Bereits jetzt ist durch die erfolgte Grundlagenermittlung absehbar, dass der am 27.01.2010 beschlossene Kostenrahmen in Höhe von 18 Millionen Euro für den Badneubau nicht ausreichen wird. Demgegenüber würde eine Komplettsanierung der Schwimmhalle am Brauhausberg nach Aussage von Herrn Paffhausen gegenüber Vertretern der Bürgerinitiative nur ca. 2 bis 3 Mio. Euro kosten.

Damit stellt sich die Frage, ob der Beschluss vom 27.01.2010 sowohl wirtschaftlich, ökologisch und auch im Sinne einer kommunalen Nachhaltigkeit noch Bestand haben kann.

Für uns als Bürger von Potsdam kann die Debatte schon deshalb nicht beendet sein, weil wir auch Fehlentscheidungen der Landeshauptstadt im Umlageverfahren bezahlen müssen. Aus diesem Grund werden wir uns aktiv in die Entwicklung am Brauhausberg und damit auch in die Gesamtstadtentwicklung einbringen.

Als Sprecher der Bürgerinitiative und als Banker stelle ich deshalb der SVV folgende Fragen:

Ist die vorliegende 9 Seiten umfassende Standortanalyse Ihre alleinige Entscheidungsgrundlage gewesen?

Warum fehlt diese Standortanalyse als Anlage zum Beschluss und ist damit z. B. auf der Internetseite der Stadt nicht einsehbar?

Warum wird den Bürgern die vollständige Machbarkeitsstudie nicht zugänglich gemacht?

Wie ändert sich der rechtliche und wirtschaftliche Sachverhalt nach dem Wegfall der Zweckbindung der kostenlosen und zweckgebundenen Übertragung der Grundstücksflächen am Brauhausberg an die Stadtwerke GmbH?

Unserer Kenntnis nach hat es für das Plangebiet Restitutionsansprüche gegeben, die nach dem Grundsatz „Entschädigung vor Rückgabe“ bei öffentlicher Nutzung entschieden worden sind. Mit der vorgesehenen städtebaulichen Planung wird die öffentliche Nutzung im Widerspruch zum Restitutionsverfahren aufgegeben. Gibt es dazu ein Rechtsgutachten?

Wann und mit welcher Folge für den Haushaltsplan erfolgt die Rückübertragung der Grundstücksflächen wieder an die Stadt?

Ausgehend von der Pressemit-

Vielfalt im Gedenken

Gedenkplakette an Opfer des Kapp-Puttsches soll ans Landtagschloss

Am 15. März 1920 wurden in Potsdam und Nowawes Aktionsbündnisse gegründet und zur Beteiligung am Generalstreik zur Beseitigung des Kapp-Lüttwitz-Regimes aufgerufen. Hier wurden 109 Betriebe bestreikt.

Am 16. März kam es zu einem offenen Zusammenstoß zwischen Soldaten und der demonstrierenden Bevölkerung. Auf dem Luisenplatz fand eine Massenversammlung statt, auf der Hermann Elflein sprach. Von hier aus formierte sich ein Demonstrationzug mit ca. 1000 Personen zum Rathaus am Alten Markt. Als sie sich dem Stadtschloss näherten, gab der Führer der hier stationierten Wachtruppe den Befehl, auf die unbewaffneten Kapp-Gegner zu feuern. Die Bilanz: vier Tote und zahlreiche Verwundete.

91 Jahre danach ist es an der Zeit, dieser Opfer zu gedenken. DIE LINKE.Potsdam fordert den Oberbürgermeister der Stadt auf, sich bei der Landesregierung für eine Gedenkplakette am Landtagsgebäude für die vier Opfer und die zahlreichen Verletzten einzusetzen. skr

teilung am 12./13.03.2011 in der MAZ, in der festgestellt worden ist, dass die Schwimmbadplaner „Pfuscher“ abgeliefert haben, stellt sich die Frage, warum die Standortanalyse als Arbeitsgrundlage der Planer keine qualifizierenden und keine quantifizierenden Aussagen zu den Wasserflächen enthält?

Ausgehend von unserem Kenntnisstand ist die Frage zu stellen, ob den Badplanern mit dem Raumprogramm der Standortanalyse überhaupt eine hinreichend qualifizierte Aufgabenstellung erteilt worden ist, wenn der von der SVV beschlossene Kostenrahmen und die geplanten Kosten um 6 bis 7 Mio. Euro abweichen?

Wenn die Stadtverordneten auch nur eine dieser Fragen nicht beantworten können, dann sollten sie ernsthaft darüber nachdenken, den Beschluss über den Badstandort zu revidieren.

Bisher hatten wir als Bürger nicht die Möglichkeit, diese Fragen mit den Stadtverordneten im Dialog zu erörtern.

Stadtentwicklung und privates Investitionsengagement haben jedoch nur dann Erfolg, wenn sie von einer breiten Mehrheit der Bürger mitgetragen werden, ganz auch im Sinne des Eingangszitates von Richard von Weizsäcker.

Thomas Hintze, Sprecher der BI „Pro-Brauhausberg“

Schulterschluss der Ortsteile

Einen besonderen Schulterschluss regte der Ortsbeirat Groß Glienicke an. Da der Haushalt der Stadt das Geld 2011 für die Fertigstellung des Kreisverkehrs an der „Brücke des Friedens“ vor Neu Fahrland (Amunds-, Nedlitzer Straße/ B2) nicht stemmen kann, wollen die Groß Glienicker aus ihrem Budget finanziell das Vorhaben unterstützen. Der Kreisel ist für die nördlichen Ortsteile von großer Bedeutung. Und eine städtische „Notlösung“ eines Ampelverkehrs würde nur unnötige, zusätzliche Kosten verursachen, so der Ortsbeirat. In 2012 müsse dann aber das Geld wieder für Groß Glienicke zur Verfügung stehen.

Die „Kirche im Dorf lassen“

Keine Notwendigkeit zur Änderung des brandenburgischen Ladenöffnungsgesetzes

Der Existenz von Feiertagen, insbesondere des Sonntags, ist eine jahrtausendalte zivilisatorische Errungenschaft. Diese Tage des Innehaltens sollen auch dafür sorgen, dass nicht jeder Tag ein Alltag ist, die Gesellschaft einen Tag innehalten und zur Ruhe kommen kann. Außerdem müssen beim Thema Ladenöffnungszeiten Rechte der abhängig Beschäftigten gleichwertig beachtet werden – es sei daran erinnert, dass im Einzelhandel mehrheitlich Frauen, überwiegend in Teilzeit und oft ohne Tarifentgelt, beschäftigt werden. Bereits jetzt ist diese Branche für ihre familienfeindlichen Arbeitszeiten bekannt.

Die Zielrichtung der FDP orientiert sich bei ihrem Antrag im Landtag ausschließlich an wirtschaftlichen Belangen, dem Tourismus als Wirtschaftsfaktor und dem Kaufinteresse der Kunden, hier speziell der Touristen. Wegen dieser einseitigen Orientierung wurde dieser Antrag zu recht abgelehnt.

In Brandenburg wurden die Ausnahmen der Ladenöffnung auf sechs Sonn- und Feiertage



Ladenöffnung an diesen Tagen (Urteil BVerfG).

Diese Regelungen gelten auch in Potsdam. Übrigens wurden sie vor einigen Jahren gegen den Protest der Gewerkschaften deutlich „aufgeweicht“. Bevor wir erneut über Gesetzesänderungen diskutieren, sollte man die Kirche im Dorf lassen (Sonntag). Zudem sollte zunächst ausgelotet werden, ob die Stadt bei der Genehmigung von Ausnahmen schon alle Möglichkeiten des Gesetzes genutzt hat.

Die Notwendigkeit einer Änderung des brandenburgischen Ladenöffnungsgesetzes mit dem Ziel, eine weitere Ermächtigung zur Regelung der Ausnahme wie in Meck-

lenburg-Vorpommern zu schaffen, wird von der Landesregierung nicht gesehen, so die Antwort auf die Frage des Abgeordneten Thomas Domres. Nicht vergessen: Vielen Menschen fehlt nicht die Zeit, sondern das Geld zum Einkaufen. Das scheint die FDP jedoch nicht zu interessieren (siehe Ablehnung des gesetzlichen Mindestlohnes).

Region erzeugte oder verarbeitete landwirtschaftliche und handwerkliche Produkte, Tabakwaren, Blumen, Zeitungen und Sportartikel (§ 5 Abs. 2 Brandenburgisches Ladenöffnungsgesetz). Ein bloß wirtschaftliches Umsatzinteresse der Verkaufsstelleninhaber und ein alltägliches Erwerbsinteresse potenzieller Käufer genügen grundsätzlich nicht für eine

lenburg-Vorpommern zu schaffen, wird von der Landesregierung nicht gesehen, so die Antwort auf die Frage des Abgeordneten Thomas Domres.

Nicht vergessen: Vielen Menschen fehlt nicht die Zeit, sondern das Geld zum Einkaufen. Das scheint die FDP jedoch nicht zu interessieren (siehe Ablehnung des gesetzlichen Mindestlohnes).

Selbstbestimmte Wege zwischen den Kulturen

Aus der Rede der Sozialpädagogin Vera Spatz vor der SVV am 6. April 2011

Dieses Projekt konzipierten wir, die Mitarbeiterinnen des Mädchentreffs Zimticken, im Jahre 2007. Der hohe Bedarf an Freizeit- und Beratungsangeboten von Mädchen ausländischer Herkunft wurde in der täglichen Arbeit immer deutlicher und es musste ein zusätzliches Angebot geschaffen werden, das ihren besonderen Bedürfnissen und Erfahrungen gerecht wird. Eine Mitarbeiterin mit eigenem Migrationshintergrund sollte das Vertrauen der Mädchen gewinnen, Hemmschwellen abbauen, ihnen die Türen öffnen und ihnen so die gleichberechtigte Teilhabe an allen Angeboten des Mädchentreffs ermöglichen. Schwerpunkte des Projektes sind das Patinnenprojekt und Berufsorientierung.

Finanziert wurde die Arbeit seit April 2008 bis April 2011 durch die Stiftung Deutsches Hilfswerk. Zusätzliche Sachkosten stellte die

F.C.-Flick-Stiftung gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Intoleranz bereit.

Die Ziele des Projektes sind:

- Freundschaften zwischen Mädchen verschiedener Kulturen
- Interkulturelle Kompetenz
- Eröffnen von Zugängen zu allen Angeboten der Jugendhilfe für Mädchen mit Migrationshintergrund
- Gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, Chancengleichheit und Gleichberechtigung für Mädchen mit Migrationshintergrund
- Toleranz und Solidarität unter den Mädchen verschiedener Kulturen
- Hilfe bei der Berufsorientierung für Mädchen mit Migrationshintergrund
- Befähigung der Mädchen, sich ihre eigenen Wege zwischen den Kulturen zu wählen

Bisher haben am Patinnenprojekt 82 Mädchen teilgenommen, 46 davon haben einen Migrationshintergrund: Sie kommen aus Vietnam, aus der Türkei, aus Afghanistan, aus dem Kosovo, Libanon, aus verschiedenen afrikanischen Ländern, aus der Ukraine, Mädchen mit binationalen Eltern und 36 Mädchen aus Deutschland. Sie erlebten bisher 13 verschiedene Patinnenausflüge an kulturell bedeutsame Orte, z.B. in eine Moschee, einen buddhistischen Tempel, eine Synagoge. Die Patinnen haben an 10 Kursangeboten von verschiedenen Frauen mit Migrationshintergrund teilgenommen, z.B. Hip-Hop von einer Russin, Yoga von einer Chinesin, Körperbemalung mit Henna von einer Frau aus Afghanistan.

Das Patinnenprojekt errang 2009 den 1. Platz des Potsdamer Integrationspreises. In der Berufs-

orientierung konnten bisher 23 Mädchen mit Migrationshintergrund unterstützt werden, wobei ihre Eltern wenig oder gar nicht helfen können.

Das Projekt Mädchenzukunft ist das einzige professionelle sozialpädagogische Angebot zur sinnvollen Freizeitgestaltung für viele Mädchen mit Migrationshintergrund in Potsdam und Umgebung. Integration kann nur durch eine Mischung der Kulturen ermöglicht werden und das setzen wir in die Tat um! Wir fanden eine Mitarbeiterin mit Migrationshintergrund, die den ausländischen Mädchen die Teilhabe an unseren Angeboten erleichtert und Brücken zwischen Kulturen baut. Gleichzeitig ist sie eine Meisterin in der Vermittlung zwischen den Eltern unterschiedlicher Herkunft und allen anderen Angeboten der Jugendförderung und Hilfsangeboten, die Potsdam

für Menschen mit Migrationshintergrund bereithält.

In der Stadtverordnetenversammlung sitzen, obwohl immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund in Potsdam leben und arbeiten, keine Vietnamesinnen, keine Afrikaner und niemand aus der Türkei. Das muss sich dringend ändern!!! Wir fordern hiermit die Chancengleichheit und Beteiligung an allen Berufen und Einrichtungen der Stadt für Menschen aller Kulturen!

Bitte stellen Sie die Mittel für mindestens 30 Stunden für das Projekt „Mädchenzukunft - selbstbestimmte Wege“ zwischen den Kulturen zur Verfügung.

Zusatz: Die Finanzierung wurde durch die Rathauskooperation abgelehnt. Frau Spatz gab daraufhin den Integrationspreis an die Stadt zurück.

Die Redaktion

Bürgerschaft wird „bunter“

Alternativkultur ist das Symbol des politischen Richtungsstreits in Potsdam/Von Moritz Kirchner

In der Stadt Potsdam zeichnet sich seit Jahren in zentralen politischen Fragen ein Richtungsstreit zwischen der Rathauskooperation aus SPD, CDU, Grünen und FDP auf der einen und der LINKEN und der Wählerinitiative DIE ANDERE ab. Exemplarisch hierfür ist der Umgang mit der Alternativkultur. Hier prallen politische Positionen, ein bestimmtes Verständnis von Kultur, aber auch von den Zielen der Stadtentwicklung aufeinander. Was in dieser Stadt fehlt, ist ein kohärentes Konzept bezüglich der Alternativkultur. Potsdam hatte und hat eine lebendige alternative Szene, während die Szene und Zahl der Hausbesitzerinnen und -besitzer massiv gesunken ist.

Die Politik der Rathauskoalition gegenüber der Alternativkultur ist durch eine Nichtgewährleistung von Planungssicherheit, ein finanzielles Austrocknen, oft vor allem aber mangelnden Dialog gekennzeichnet. So wurde der im Bürgerhaushalt gemachte Vorschlag der Ausfinanzierung des Archivs schlicht übergangen, und im aktuellen Haushalt wurde für das Archiv eher ein Wermutstropfen denn eine Rettungssumme bereitgestellt.

Begründet wird die ablehnende Politik oft mit der notwendigen Attraktivität der Innenstadt oder der Attraktivität für Investoren. Außerdem wird oft die konkrete optische Gestaltung der Hausprojekte bemängelt, gerade bei den Projekten in der Zeppelinstraße. Beim Archiv werden die Stimmen lauter werden, dass ein derartiges Gebäude nicht mehr in das Ensemble der dortigen hochwertigen Wohnungen passt. Warum aber sind wir als LINKE dafür, die Alternativkultur zu unterstützen und nach Kräften zu fördern?

Ein unbestrittenes Klassikerargument ist, dass Jugendliche Freiräume brauchen, in denen sie sich entfalten und selbstbestimmt leben können. Gerade für junge Menschen ist es wichtig, konkrete Möglichkeiten für eine alternative Lebensgestaltung zu haben. Zweitens ist eine lebendige linke und alternative Szene das Beste, was einer Stadt passieren kann, um Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus in der städtischen Öffentlichkeit, aber auch in den jungen Köpfen zurückzudrängen. Drittens findet durch die dortigen politischen und kulturellen Angebote ein Politisierungsprozess statt, von dem ein demokratisches Gemeinwesen enorm profitiert. Ein anderes Argument aber muss endlich von links besetzt werden, nämlich jenes der Attraktivität. Der weltberühmte amerikanische Stadtforscher und Soziologe Richard Florida schrieb, dass attraktive Orte sich durch hohe Bildung (Talente), wissensintensive Produktion (Technologie), vor allem aber Toleranz und eine hohe Anzahl von Menschen in kreativen Branchen auszeichnen. Die von Florida beschriebene „kreative Klasse“ sucht sich wiederum Orte, die frei sind, wenig normiert, bezahlbar und von interessanten Menschen geprägt. Und genau hier setzt die Förderung der Alternativkultur an. Die hiervon angezogenen Menschen zeichnen sich eben nicht durch gerade, aber doch spannende Lebenswege aus. Durch die bewusste Ablehnung gesellschaftlicher Normen und Konventionen schaffen sie oft auch neue Ideen. Und durch diese Szenen wird auch die Bürgerschaft im Wortsinne bunter. Nicht zuletzt schafft es die kommerzielle Club- und Kneipenszene für viele nicht, attraktive Angebote zum Ausgehen oder Feiern zu schaffen. Oder anders: Eine Archivnacht ist eben doch deutlich stimmungsreicher als eine kommerzielle Feierstarterparty im Waschhaus. Genau dies ist der Punkt, bei dem gestritten werden muss, wenn es um Attraktivität geht. Diese bemisst sich vorwiegend an den Gesamteffekten für die Stadt und nicht nur an der Gestaltung von Häuserfassaden. Weil die Alternativkultur also die Attraktivität erhöht, statt sie zu senken, und weil es wichtig ist, Alternativen und vielleicht auch Utopien im Kleinen zu fördern, muss die LINKE an ihrer Unterstützung der Alternativkultur festhalten.

Ein herzliches Dankeschön aus Kuba



Der Cuba-Sí-Bulldozer knickt mit der Schaufel die Marabú-Stämme ab und zieht anschließend mit den Greifern die tiefliegenden Wurzeln aus der Erde. Foto: Cuba Si

Am 17. Februar übergaben Cuba Si-Compañeros im Milchprojekt Rosafé (Provinz Havanna/Mayabeque) den Bulldozer, für den wir im Mai 2010 eine Spendenkampagne gestartet hatten. Jetzt haben uns die Projektmitarbeiter die ersten Fotos vom Einsatz des schweren Gerätes im Kampf gegen den Marabú-Strauch geschickt. „Dieser Bulldozer“, schreiben sie, „ist eine enorme Arbeitserleichterung für uns. Er ermöglicht uns, große Flächen für die landwirtschaftliche Nutzung zurückzugewinnen. Für uns Kubaner be-

deutet diese zusätzliche Anbaufläche eine höhere Produktion von Lebensmitteln und Futterpflanzen - und damit weniger Devisen-Importe.“ Der Leiter des Cuba-Sí-Projekts in Rosafé, Eduardo Sosa, bat uns, allen Spenderinnen und Spendern in Deutschland noch einmal ein riesiges Dankeschön zu übermitteln: „Muchas gracias - viva la solidaridad!“ Ein Video von der Bulldozer-Übergabe gibt's im Internet unter www.cuba-si.org.

AG Cuba Si

Wer helfen möchte: Sonder-spendenkonto beim Parteivorstand DIE LINKE/Cuba Si, Kontonummer: 13222210 Berliner Sparkasse, BLZ 10050000. Verwendungszweck: Milch für Kubas Kinder.

LINKE leiten Arbeitskreise

1. Arbeitskreis Stadtentwicklung
Konstituiert am 29. März 2011
Leitung: Steffen Pfrogner

2. Arbeitskreis Soziales
Konstituierung am 05. April 2011
Leitung: Jörg Jutzi

3. Arbeitskreis Bildung
Konstituierung am 08. April 2011
Leitung: Ursula Klotz
Kontakt über:
0331/200 09 33

Plädoyer für „La Leander“

Mitte März dieses Jahres wurde öffentlich bekannt, dass mit dem geplanten Verkauf des Grundstückes Benkertstraße 1 ein wichtiges, über Potsdam hinaus bekanntes Projekt in seiner Existenz gefährdet ist.

1996 als Ausweichobjekt für das besetzte Haus in der Mittelstraße 5 von der Stadt zur Verfügung gestellt, hat sich ein landesweiter Anlaufpunkt besonders für junge Homosexuelle entwickelt. Hier werden seit Jahren wichtige niedrigschwellige Angebote für diese Zielgruppe realisiert, wird Aufklärungs- und Präventionsarbeit geleistet.

Die Organisation des CSD liegt in den Händen des Vereins „Quer im Viertel“, der der Träger der Angebote ist.

Der Verein arbeitet ohne städtischen Zuschuss. Nur für den CSD stellt die Stadt 1.200,-Euro/Jahr zur Verfügung.

Mit dem geplanten Verkauf steht zu befürchten, dass die Angebote, so wie sie am jetzigen Standort bestehen, nicht weitergeführt werden können.

Selbst wenn ein neuer Eigentümer die Existenz des soziokulturellen Treffpunkts akzeptieren sollte, wird es dem Verein kaum möglich sein, die dann sicher enorm hohe Miete aufzubringen. Z. Zt. beträgt sie 1.300,-Euro/Monat.

Es müssen also alle vorhandenen Möglichkeiten genutzt werden, um die Arbeit des Vereins an diesem Standort zu machbaren Konditionen zu sichern.

S. Müller

Bildungs- und Teilhabepaket in Potsdam

In der Landeshauptstadt Potsdam können ca. 3.600 Kinder im schulfähigen Alter das Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung in Anspruch nehmen. Dazu kommen weitere ca. 1.250 Kinder, die insbesondere für eintägige Kita-Fahrten und ein ermäßigtes oder kostenfreies Mittagessen Gelder beantragen können.

Derzeit unterstützt die Landeshauptstadt mit 340.000 € ein kostenfreies Mittagessen für sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler auf Antrag. Vom Bund sind für 2011 weitere 100.000 € als Zuschuss für ein Mittagessen eingeplant. Hier müssen die Eltern allerdings einen Beitrag von 1,- € mit tragen. In Potsdam sind aktuell drei Mitarbeiterinnen mit der Bearbeitung der Anträge beschäftigt. Voraussichtlich ab Juni 2011 werden im Bereich Soziales sechs Mitarbeiter mit der Antragsbearbeitung und Beratung in Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes beschäftigt sein.

Rückwirkend für die Monate Januar bis April können noch Anträge gestellt werden. Unter http://www.bmas.de/portal/49366/property=pdf/2010_11_23_antrag_auf_leistungen_fuer_bildung_teilhabe.pdf ist das Antragsformular online abrufbar.

Mehr Einsatz für Hartz-IV-ler

Aus: Rede von Jana Schulze vor der SVV zur Beantwortung der „Großen Anfrage Hartz IV“

Mit der Beantwortung zur Großen Anfrage der Fraktion DIE LINKE haben alle Stadtverordneten einen Überblick erhalten, was sich in punkto Arbeitsmarktpolitik seit Inkrafttreten des 4. Gesetzes zur Grundsicherung für Arbeitssuchende am 1. Januar 2005 in der Landeshauptstadt Potsdam getan hat bzw. wo es noch Reserven gibt – Reserven im Bereich der statistischen Erhebungen, für die nicht unser Jobcenter verantwortlich zu machen ist, Reserven auch in der Kontrolle der Einhaltung von Kriterien bei der erforderlichen Zusätzlichkeit und Gemeinnützigkeit bestimmter Arbeitsmarktprojekte. Hier vor allem bei Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung, den so genannten Ein-Euro-Dreißig-Jobs. Reserven auch und leider immer noch im bestehenden Beratungsangebot von Seiten der Gesetzgeber und des ausführenden Jobcenters Potsdam.

Widersprüchlich erscheinen uns Aussagen hinsichtlich der Einhaltung von Betreuungsschlüsseln. Nicht dass wir die Angaben in der Beantwortung als falsch hinstellen wollen. Uns erreichen jedoch immer noch Beschwerden von Kunden des Jobcenters, dass sie manchmal wochenlang auf einen Gesprächstermin bei der oder dem zuständigen Fallmanager oder Mitarbeiter im Bereich der Leistungsgewährung warten müssen. Und da geht es meist um existenzielle Fragen.

Hier erscheinen uns noch Nachbesserungen wie z. B. durch eine Anhebung des Personalschlüssels erforderlich, die, wie uns allen bekannt ist, auch von finanziellen Voraussetzungen des Bundes abhängig sind.

Nicht selten kam es vor, dass sich die Mitarbeiter des Jobcenters alle 14 Tage neuen Dienstanweisungen aus Nürnberg stellen mussten. Dennoch treten sie in den meisten Fällen den Kunden gegenüber ruhig und freundlich auf. Und das trotz der oft menschlich nachvollziehbaren Unmutsäußerungen durch die Betroffenen. Wir haben als Kommune keine großen Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Gestaltung und Umsetzung der Hartz-IV-Gesetzgebungen. Doch in dem Wenigen, was uns möglich ist, sollten wir in unseren Anstrengungen für eine Verbesserung der Ausgestaltung des Gesetzes nicht nachlassen. Ein größeres Engagement der Stadt

hätten wir da schon erwartet. Es sollte uns nicht vordergründig um Zuständigkeiten gehen. Die Bürger Potsdams erwarten von ihrer Verwaltung, dass sie sich für ihre Belange auf allen Ebenen einsetzt.

Die derzeitige Bundesregierung setzt auf Bürgerarbeit. 300 Stellen davon sollen in Potsdam geschaffen werden. Ob die angedachten Arbeitsbereiche die richtigen sind, mag ich nicht einschätzen. Heute jedoch ist jedem von uns per Gesetz klar, dass keiner, der einen der 300 Arbeitsplätze „erhascht“, dadurch aus dem Hartz-IV-Bezug herausfällt. Nach Abschluss des Zeitraums fällt er wieder zurück in Hartz IV oder in die Altersarmut. Was das mit sozialer Gerechtigkeit zu tun hat, steht unserem Verständnis von sozialer Verantwortung entgegen. Es ist wieder einmal nur der Versuch einer Statistikbereinigung, die keinen zusätzlichen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz

schafft. Aber das ist wohl auch nicht das Ansinnen der schwarz-gelben Bundesregierung und aus diesen Gründen gehört dieses Projekt unserer Meinung nach schnellstmöglich wieder abgeschafft. Vielmehr sollten die Länder darauf drängen, dass Arbeitsmarktprojekte wie das des Landes Brandenburg „Arbeit für Brandenburg“ von der Bundesebene auskömmlich finanziert werden. Dass in Potsdam von den 2010 eingegangenen 59 Anträgen nur 14 bewilligt werden konnten, liegt nicht nur in der Überforderung der Antragsteller begründet. Auch die finanziell ungenügenden Voraussetzungen taten ihr Übriges dazu.

Als LINKE können wir abschließend feststellen, dass das Jobcenter in Potsdam trotz aller widrigen Umstände jeder Zeit bemüht war und ist, eine gute Arbeit zu leisten. Das zeigen uns die sehr guten, sprich geringen Zahlenwerte im Altersbereich der unter 25-jährigen ALG-II-Empfänger. Schwerpunkt für die nächsten Monate wird – und auch hier wird auf die aktuelle Entwicklung zeitnah reagiert – die Vermittlung von langzeitarbeitslosen Bürgern über 50 Jahre und bei Frauen sein.

Abschließend möchten wir uns bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Jobcenters wie des GB 2, die an der Beantwortung der Großen Anfrage mitgewirkt haben, herzlich bedanken.



Schauen über den Tellerrand

Arbeitskreis „Soziales“ bei der Stadtfraktion DIE LINKE und dem Kreisverband Potsdam

Nein, nicht der Slogan „Wenn Du nicht mehr weiter weisst.....“ hat die Fraktion und den Kreisvorstand DIE LINKE Potsdam zur Gründung eines Arbeitskreises für Soziales bewogen. Vielmehr die Tatsache, dass wir regelmäßig als Feuerwehr unterwegs sind, um soziale Ungerechtigkeiten in Potsdam aufzuzeigen und mit Anträgen und Aktionen zu beseitigen. Oftmals in der laufenden Wahlperiode mit gutem Erfolg.

Als Partei der sozialen Gerechtigkeit verstehen wir uns jedoch nicht nur als Rettungshelfer. Über

unseren politischen Tellerrand hinaus wollen wir mit „Fachkolleginnen und -kollegen sowie Fachinteressierten“ die sozialen Prozesse in der Landeshauptstadt nachhaltig begleiten. Häufig bleibt im normalen Tagesgeschäft nicht die erforderliche Zeit, sich intensiv mit sozialspezifischen Themen auseinanderzusetzen.

Selten genug wird mittel- oder langfristig gedacht und diskutiert. Was wir benötigen, ist der Beginn eines Meinungsbildungsprozesses, der das tagespolitische Geschäft der Stadtfraktion und des

Kreisvorstandes unterstützen soll. Vermeiden wollen wir lange und lähmende Debatten, die nicht zielführend sind. Was wir brauchen ist...

1. ... ein aktiver und auf soziale Themenschwerpunkte bezogener Wissensaustausch inner- und außerhalb der Partei DIE LINKE,
2. ... eine bewusste Einmischung in Diskussionsforen und -veranstaltungen zur Sozialpolitik in der Stadt mit dem Ziel, Machbares zu gestalten,
3. ... eine beratende und empfehlende Arbeitsgruppe der Stadt-

fraktion, um ihr in ihrem Entscheidungsprozess zu dem Sachgebiet Sozialpolitik zur Seite zu stehen.

Ausgehend von diesem Grundverständnis haben wir uns zur konstituierenden Sitzung des Arbeitskreises am 5. April getroffen und zu weiteren Vorhaben verständigt. Die ersten Beratungen werden im monatlichen Rhythmus stattfinden. Sollte weiterer Fach- und Sachverstand benötigt werden, bitten wir kompetente Berater hinzu. Ein kleiner Anfang, der Großes bewirken kann.

Jana Schulze

Betriebsräte begrüßen Initiative für ein soziales Arbeitsrecht

Auf Einladung der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg, des Gesprächskreises Arbeitsrecht der Rosa Luxemburg Stiftung und der Landesarbeitsgemeinschaften Arbeitsgesetzbuch und Betrieb und Gewerkschaften führten am 08.04.2011 mehr als 30 Vorsitzende von Betriebs- und Personalräten – damit in Vertretung von mehr als 8000 Beschäftigten – im Landtag eine Problemdiskussion und einen Erfahrungsaustausch

zur gegenwärtigen Praxis der Mitbestimmung durch und erarbeiteten Schlussfolgerungen für deren Ausbau und Fortentwicklung. Die äußerst angeregt geführte Diskussion befasste sich vor allem mit dem vorgestellten Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Mindestbedingungen im Ar-

beitsverhältnis, mit dem Ausbau der Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte der Betriebs- und Personalräte, der Erarbeitung des Rechts auf politischen Streik. Übereinstimmend äußerten die Vorsitzenden der Betriebs- und Personalräte den Wunsch nach kontinuierlicher Fortsetzung dieser Diskussionsrunden und der ausdrücklichen Unterstützung, auch durch persönliche Mitarbeit, der Initiativen zur Herausbildung eines sozialen Arbeitsrechts. Das Grund-



anliegen einer einheitlichen Kodifikation des Arbeitsrechts in Gestalt eines Arbeitsgesetzbuches wurde von allen Teilnehmern nachhaltig begrüßt. Diese Podiumsdiskussionen sollen der Beginn einer umfassenden gesellschaftlichen Diskussion sein, die hoffentlich bald zur Verabschiedung eines Arbeitsvertragsgesetzes aus linker Perspektive führen kann.

Dr. S. Hulstsch



Ein Jahr Programm- diskussion bei der LINKEN

Auf der Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Babelsberg/Zentrum-Ost DIE LINKE am Sonnabend, 14.05., 10.00 bis 12.00 Uhr, steht eine Debatte mit Wolfgang Preller und Dr. Bernd Ihme, Sekretär der Programmkommission, auf der Tagesordnung.

Ort: Jugendherberge, Schulstraße 9, 14482 Potsdam-Babelsberg.

Den Wählerauftrag realisieren – die Zukunftsdebatte organisieren

Der brandenburgische Landesvorstand DIE LINKE hat sich in den vergangenen Tagen mit den brandenburgischen Kreisvorsitzenden zu den aktuellen innerparteilichen Entwicklungen verständigt. Dazu erklärt der geschäftsführende Landesvorstand Brandenburg der Partei DIE LINKE.

DIE LINKE hat bei der Bundestagswahl 2009 von über vier Millionen Wählerinnen und Wählern, darunter ca. 400.000 aus Brandenburg, das Mandat erhalten, sich in ihrem Auftrag für soziale Gerechtigkeit, eine friedliche Außenpolitik und mehr Demokratie einzusetzen. Sie hatten und haben die Hoffnung, dass sich unsere Partei genau dafür engagiert.

Mit diesem Programm war DIE LINKE bis zur Bundestagswahl und in der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2010 ein Erfolgsprojekt. Das Ergebnis der Bürgerschaftswahl in Hamburg 2011 brachte die Erfolgsserie vorerst zum Stillstand. Mit den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und den Kommunalwahlen in Hessen konnten erstmals die

Wahlziele der Partei nicht realisiert werden. Spätestens seitdem bestimmen innerparteiliche Auseinandersetzungen die Tagespolitik. So lassen sich die Probleme der Partei nicht lösen.

Notwendig ist eine politische Analyse der Situation: Wir haben keine Debatte über die Folgen des Wechsels der SPD aus der Regierung in die Opposition geführt. Ebenso wenig haben wir darüber gesprochen, warum unsere Annahmen nicht eingetroffen sind. Die Erwartungen des DGB und unserer Partei auf einen heißen Herbst wurden enttäuscht. Der Generalstreik fiel hierzulande aus, dafür fand er in Griechenland, Portugal, Spanien und anderen Ländern statt und blieb in der Folge ergebnislos. Die Existenzkrise der Europäischen Union war für DIE LINKE kaum ein Thema. Selbst der Hartz-IV-Kompromiss der Regierenden in Deutschland löste keine gesellschaftliche Unruhe aus. Die Gesundheitskampagne der Partei versandete. Dies allein auf Mängel der Arbeit unserer Parteiführung zurückzuführen, greift zu kurz.

Schulduzuweisungen helfen

nicht die Frage zu beantworten, warum sich die Gesellschaft in den vergangenen Monaten so entwickelt hat und es uns nicht gelungen ist, mit unseren Forderungen politisch wirksam zu werden. Sie können nicht erklären, warum die Debatten über den ökologischen Umbau der Gesellschaft zurzeit mehr Menschen in Deutschland bewegen als europaweiter Sozialabbau. Die Atomkatastrophe in Japan und die Konflikte im nördlichen Afrika überdecken momentan die soziale Frage in der öffentlichen Wahrnehmung, aber heben sie nicht auf.

Wir meinen: Unser Wählerauftrag bleibt gültig! Hartz IV muss überwunden, Leiharbeit und Billiglohn bekämpft und der Mindestlohn eingeführt werden. Wir wollen die solidarischen Sozialsysteme stärken. Wir wollen einen ökologischen Umbau der Gesellschaft, der nur dann erfolgreich sein kann, wenn er mit der sozialen Frage verbunden ist. Das ist eine Kernfrage für die Programm- und Strategiedebatte unserer Partei. Dort hat sie jedoch bisher keinen zentralen Stellen-

wert. Das muss sich ändern. Die Kontroverse darüber, ob ein Programmentwurf noch verändert werden darf oder nicht, ist unnötig, denn wir brauchen einen breiten innerparteilichen Meinungsaustausch und einen solidarischen, kulturvollen Umgang in der Partei. Dafür tragen die Vorstände aller Ebenen eine besondere Verantwortung. Der Landesvorstand muss diesen befördern, die verschiedenen Initiativen bündeln und die Programm- und Strategiedebatte zusammenführen.

Wir fordern alle Verantwortungstragenden in der Partei auf, ihren inhaltlichen Beitrag in die Debatte einzubringen und persönliche Angriffe einzustellen. Nur so können wir unseren Wählerauftrag erfüllen, Antworten auf Zukunftsfragen finden und die passenden organisatorischen und personellen Schlüsse ziehen. In das Zentrum der tagespolitischen Arbeit gehört jetzt die Unterstützung der Landtagswahlen in Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin, denn nur eine starke LINKE verändert das Land.

Maria Strauß

Sudoku

5			3				9	
8		1		6			7	
	9				3			
9	8				4	1		
	6	3		2	7			
7	2					8	6	
	4				2			
3		5		9			4	
2			4				8	

Auflösung April

6	1	9	5	2	3	8	7	4
7	3	4	1	6	8	2	9	5
5	2	8	9	4	7	3	1	6
9	4	5	8	3	6	1	2	7
2	8	3	7	5	1	4	6	9
1	6	7	4	9	2	5	3	8
8	5	6	2	1	9	7	4	3
3	7	2	6	8	4	9	5	1
4	9	1	3	7	5	6	8	2

Erster Potsdamer „Geben- und NehmenMarkt“

Geben und Nehmen statt Wegwerfen/Abfall vermeiden und nachhaltig wirtschaften

Der Geben- und NehmenMarkt soll eine neue Attraktion in Potsdam sein. Die Idee des Marktes ist, dass Bürgerinnen und Bürger noch brauchbare Gegenstände, von denen sie sich trennen wollen, die aber für den Abfall zu schade sind, zum Markt bringen, dort ausstellen oder an einem Sammelstand abgeben.

Der Platz am Lustgarten, neben

dem Hotel Mercure, bietet dazu als zentral gelegener Veranstaltungsort ein gutes Ambiente. Das Event findet am Samstag, dem 14. Mai, von 9:00 – 13:30 Uhr statt. Wie bei einem Flohmarkt können Kleinteile wie Geschirr, Spielzeug, Bücher, Elektrogeräte (müssen noch funktionieren!), Möbel, Kleidung und ähnliches auf einem Tisch, aus dem Auto, in Kartons

oder auf einer Decke angeboten werden. Wesentlicher Unterschied ist jedoch, dass der Verkauf ausdrücklich untersagt ist. Ziel es ist, den Kellerfunden ein neues Zuhause zu geben. Eigene Stände können ab 8:00 Uhr aufgebaut werden. Zur besseren Planung ist eine Anmeldung bis zum 10.05.2011 beim Abfallberater der Landeshauptstadt (Telefon 0331

289-1796) notwendig. Noch freie Standflächen können aber auch am Aktionstag zugewiesen werden. Ein Strom- und Wasseranschluss ist auf dem Platz vorhanden.

Die Stadtverwaltung weist darauf hin, dass keine Haftung für die angebotenen Gegenstände übernommen wird.

Kindertagsfest am 2. Juni - Hits für Kids im Filmpark Babelsberg

Am Donnerstag, 2. Juni, feiert der Filmpark Babelsberg traditionell das Kinderfest. Einsteigen, Anschnallen und Schreien – so die kurze Gebrauchsanweisung für das 4D-Actionkino „Bumper Car“, lädt zu einer rasanten Fahrt im Autoscooter durch eine Endzeitpiste aus Stahl und Beton. „The Adventures of Jett and Jin“ lässt selbst Superman erblassen. Hinter einem bunten Zaun liegt Panama-Janoschs Traumland. In der grünen Oase trifft man auf

viele Bekannte. Hier wohnen der kleine Bär, der kleine Tiger und der dicke Waldbär. Eine kleine Bootsfahrt lädt zur Entdeckungsreise ein.

Im Fernsehstudio 1 erleben Kids die Babelsberger Film- und Fernsehmacher hautnah. Mit etwas Mut und Glück kann man als Moderator oder Wetterfee im Rampenlicht stehen.

Erfahrene Filmtiertrainer lüften in einem spannenden Quiz die Geheimnisse der tierischen Hel-

den in Film und Fernsehen.

Im Atelier der Traumwerker zeigen die Babelsberger Filmhandwerker ihr Können. Kunstmalerei, Masken- und Kostümbildner freuen sich auf wissbegierige Besucher, geben Tipps und verateten tolle Tricks beim Umgang mit Farbe, Stoffen oder Gips. Beim Exkurs durch die Werkstätten bleibt keine Frage offen.

Wer noch mehr erleben will, kann die Welt des Kinofilm-Sandmännchens kennen lernen oder

das original GZSZ-Außenset besuchen oder den Löwenzahn-Bauwagen bestaunen oder ...

Lust zum Dabeisein? Wir haben zwei Freikarten für unsere Leser. Doch vor dem Preis steht der Fleiß. Senden Sie uns also auf die Frage: „Wie heißt das beliebte Kinderradio für die ganze Familie?“ die richtige Antwort bis zum 10. Mai 2011 an die PaS-Redaktion. Und dann lösen wir die beiden Gewinner unter Ausschluss des Rechtsweges aus.

Schriftsteller in der Fiebelkorn-Stiftung

Der Verband Deutscher Schriftsteller (VS) in ver.di, Landesverband Brandenburg, führte am 14. April seine Jahreshauptversammlung in der Norbert-Fiebelkorn-Stiftung in der Potsdamer Hessestraße durch. Im Anschluss daran fand eine öffentliche Buchlesung statt. Brandenburgische Schriftsteller lasen Erzählungen und Gedichte aus ihrer Wettbewerbsanthologie „www.wir.wahren.worte.de“, die vom Brandenburgischen Kultusministerium gefördert wurde.



tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

Montag, 02.05.2011, 14.30 Uhr:
„Eine Reise in Bildern durch Argentinien, Patagonien, Chile und nach Rapa Nui, der einmaligen Osterinsel“ Teil 2: Argentinien. Die Reise in Bildern wird fortgesetzt.
*Dahlweid

Donnerstag, 05.05.2011, 15.00 – 18.00 Uhr:
Straßenfest für Menschen mit Behinderungen. Ort: Potsdamer Bahnhofspassagen

Donnerstag, 05.05.2011, 18.00 Uhr:
Medien & Kommunikation | Diskussion / Vortrag. Sichere Medien in unsicheren Zeiten? Donnerstagsgespräch zu politischen und wirtschaftlichen Fragen. **RLS

Sonntag, 08.05.2011, 10.00 Uhr:
Frühschoppen „Rathausreport live“ im Bürgerhaus Stern*Zeichen, Galileistraße 37-39, Stadtteil Am Stern

Dienstag, 10.05.2011, 14.30 Uhr:
„Spiel mir eine alte Melodie ...“ Die schönsten Schlager zum Raten und Wünschen mit Gerald Meister. Teil 6: Die frühen Sechziger. *Dahlweid

Mittwoch, 11.05.2011, 13.30 Uhr:
„18, 20, Buben 'raus“. Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und Karl-Heinz Kunicke. Alle Teilnehmer erhalten kleine Preise. *Dahlweid

Donnerstag, 12.05.2011, 18.00 Uhr:
Friedens- und Sicherheitspolitik | Diskussion / Vortrag „Die Bundeswehr – ein Instrument des Friedens und der Sicherheit?“ Fortsetzung der Veranstaltung „Die Friedensfrage in der Gegenwart“. **RLS

Freitag, 13.05.2011:
Info-Stände in den Stadtteilen - 14:30 Uhr Kepler-Platz / Am Stern; 15:00 Uhr REWE-Kaufhalle Haackelstraße / Potsdam West; 15:30 Uhr Havel-Nuthe-Center / Stadtteil Drewitz und 16:00 Uhr Haltestelle Dr.-Wolf-Strasse / Waldstadt II.

Sonabend, 14.05.2011:
Info-Stände in den Stadtteilen - 10:00 Uhr Weberplatz / Stadtteil Babelsberg; 10:00 Uhr REWE-Markt / Zentrum Ost; 10:00 Uhr Haltestelle Magnus-Zeller-Platz / Am Schlaatz und 10:30 Uhr Kaiser's / Kirchsteigfeld.

Montag, 16.05.2011, 14.30 Uhr:
„Eine Reise in Bildern durch Argentinien, Patagonien, Chile und nach Rapa Nui, der einmaligen Osterinsel“ - Teil 3: Chile.
*Dahlweid

Donnerstag, 19.05.2011, 18.00 Uhr:
Filmmuseum Potsdam, Potsdam. Zeitgeschichte | Film. Tangenten: Bilder vom Unsichtbaren. Einblick in ein Forschungsprojekt über Jüdisches in den audiovisuellen Medien der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR. **RLS

Montag, 23.05.2011, 14.30 Uhr:
„Eine Reise durch Amazonien“. Mit Karl Kreuzt reisen Sie mit uns in den artenreichsten Regenwald der Erde. Im Nationalpark am Fluss Manu scheint die Welt still zu stehen. Hier gelten auch heute noch nur die Gesetze der Natur. Beobachten Sie den Jaguar bei seiner Jagd, die farbenfrohen Aras im Feigenbaum und die Baum-Faultiere, die nie in ihrem Leben den Boden berühren. *Dahlweid

Dienstag, 24.05.2011, 14.30 Uhr:
„Ich fang für Euch den Sonnenschein – heitere und ernste Geschichten aus der

Feder der Zeitzeugen“. Ein literarisch-musikalischer Nachmittag im Rahmen der Brandenburgischen Seniorenwoche. Mitglieder des Zirkels „Zeitzeugen“ stellen sich vor mit heiteren und besinnlichen, aus dem Leben gegriffenen Geschichten und Anekdoten. Den musikalischen Teil übernimmt in bekannter Weise Manfred Bischoff. *Dahlweid

Dienstag, 24.05.2011, 18.00 Uhr:
Medien & Kommunikation | Diskussion / Vortrag „Medienmacht und Medienpolitik. Chancen alternativer Medienprojekte in Deutschland. Gebrauchswerte Medien“ **RLS

Mittwoch, 25.05.2011, 13.30 Uhr:
„18, 20, Buben 'raus“. Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und Karl-Heinz Kunicke. Alle Teilnehmer erhalten kleine Preise. *Dahlweid

Donnerstag, 26.05.2011, 18.00 Uhr:
Bürgerrechte | Diskussion / Vortrag „Die arbeitsrechtliche Einordnung prekärer Beschäftigungsverhältnisse“ Öffentliche Tagung der Arbeitsgemeinschaft „Arbeitsgesetzbuch“ **RLS

Sonabend, 28.05.2011, 15.00 Uhr:
Stunde der Musik: „Klassik im Konzert – Melodien zum Zuhören und Träumen“. Ein Livekonzert der besonderen Art mit dem Klarinetten-Quartett „Sanssouci“ mit heiteren, verträumten oder rasanten Melodien von Mozart, Beethoven, Carl Maria von Weber oder der berühmten „Humoreske“ von Dvorák. *Dahlweid

Dienstag, 31.05.2011, 14.30 Uhr:
Potsdamer Stadtgespräche: „Historisches und Aktuelles“. Eine heitere und nachdenkliche Vortrags- und Gesprächsreihe für unsere Seniorinnen und Senioren mit Dr. Herbert Schlomm aus Zentrum-Ost.

*Dahlweid: Seniorentreff der Dahlweid Stiftung, Edisonalle 11 in Zentrum Ost
**RLS: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dortusstr.53, Potsdam